
Karl Heinz Roth

Krieg vor dem Krieg: Die Annexion Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39*

Im Februar/März 1938 erkannten die Führungsschichten der NS-Diktatur, daß ihr Vorhaben, Wirtschaft und Gesellschaft in militärische Gewaltapparate für den auf das Jahr 1942 datierten „Endkampf“ um die Vorherrschaft über Europa und die Welt zu verwandeln, auf der Hälfte der bislang zurückgelegten Wegstrecke zu scheitern begann.¹ In einer Abfolge krisenhafter Verwerfungen wurden ihnen die Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Rüstungskonjunktur war seit Monaten überhitzt. Mit dem zunehmenden Mangel an Produktionsfaktoren und Arbeitskräften korrespondierte auf der Geldseite eine Inflation, die zu einem „besorgniserregenden Vertrauensschwund“ führte und bei Geldvermögensbesitzern eine breite Flucht in die Sachwerte auslöste.²

Hinzu kam eine Außenwirtschaftskrise, die den Ausgleich der Zahlungsbilanz endgültig unmöglich machte und im Februar 1938 einem wirtschaftspolitischen Offenbarungseid gleichkam. Das Szenario wurde durch die Blockaden im volkswirtschaftlichen Sektor, insbesondere den

* Zuerst erschienen in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 16 (2001), 1, S. 14–48. Wir danken Karl Heinz Roth herzlich für die Abdruckgenehmigung.

¹ Zur Analyse der inneren Krisenentwicklung in NS-Deutschland seit 1936/37 vgl. Karl Heinz Roth, Von der Rüstungskonjunktur zum Raubkrieg. Die inneren Ursachen der „friedlichen“ Aggressionen Nazideutschlands 1938/39, in: Brigitte Berlekamp / Werner Röhr / Karl Heinz Roth (Hg.), Der Krieg vor dem Krieg. Ökonomik und Politik der „friedlichen“ Aggressionen Deutschlands 1938/39, Hamburg 2001.

² Dadurch wurde die weitere Begebung von Reichsanleihen beeinträchtigt. Reichsfinanzminister Lutz Schwerin von Krosigk mußte schließlich im Herbst 1938 zugeben, daß eine „durch Kriegs- und Inflationspsychose“ hervorgerufene „Flucht aus den Reichsanleihen in Sachwerte“ eingesetzt habe, die die gesamte Rüstungsfinanzierung gefährde. Undatierte Denkschrift Schwerin von Krosigks an Hitler (Herbst 1938), Bl. 4. Bundesarchiv Berlin (im folgenden BArchB), R. 2/24266.

Stillstand des Wohnungsbaus, die durch den unterschweligen Klassenkonflikt erzwungene Begrenzung der Niedriglohnpolitik und eine offene Agrarkrise abgerundet. All diese Teilkrisen bewegten sich im Verlauf des Jahrs 1938 aufeinander zu und verschärften sich wechselseitig.

Bei einer Synopse dieser sich bündelnden Krisenerscheinungen wird deutlich, daß die Zahlungsbilanzkrise das entscheidende Datum darstellte, weil sie den Rüstungszyklus durch nicht kontrollierbare außenwirtschaftliche Determinanten zu blockieren begann. Dabei handelte es sich nicht um eine Krisenentwicklung im klassischen Sinn, die nun die Fortschreibung der strategischen Optionen unmöglich machte. Die Profite waren nicht gefallen. Es gab keine plötzlich einsetzende Investitionszurückhaltung, keine Überproduktion unverkäuflicher Produktionsmittel und Konsumgüter, keine Massenentlassungen und keine Preisstürze, weil die „Staatskonjunktur“ den Rüstungsboom noch uneingeschränkt aufrechterhielt. Alle Krisenphänomene wurden durch die Fassade der ungehemmt weiterlaufenden Rüstungsexpansion überlagert, die sich in extrem überlasteten Kapazitäten und in Überbeschäftigung ausdrückte.

Gerade das aber machte die Konstellation seit Beginn des Jahrs 1938 so unheimlich und die Perspektive so ungewiß. Niemand konnte exakt voraussagen, was geschehen würde, wenn der Rüstungsboom abgebremst oder gar gestoppt würde, denn die Erfahrungen der Demobilmachungskrise von 1918/19 ließen sich nicht ohne weiteres auf die Vorkriegssituation des Jahrs 1938 übertragen. Umgekehrt war aber auch nicht prognostizierbar, wann und wie die sich verschärfende Agrar- und Wohnungsbaukrise im Zusammenspiel mit der Depression der Konsumgütersektoren und der Verweigerungshaltung der Arbeiterklasse den gesamten produktiven Unterbau der Rüstungskonjunktur ins Wanken bringen würde. Klar war lediglich, daß sich der Zyklus der Scheinprosperität einem abrupten Ende näherte und sich auf einen völlig neuartigen Krisenmechanismus zubewegte. Da aber der Staat mit seinen Umverteilungsfunktionen die Dynamik von Hochrüstung und Depression verklammerte und steuerte, würden die sich bündelnden wirtschafts-

finanz- und sozialpolitischen Probleme unweigerlich den Charakter einer Systemkrise annehmen und die NS-Diktatur in ihren machtpolitischen Fundamenten erschüttern.

Als die Zahlungsbilanzkrise im Januar/Februar 1938 den Übergang zu einer solchen Systemkrise ankündigte, entschlossen sich die Führungseliten der NS-Diktatur zur Flucht nach vorn: zur „Raumerweiterung“ ihres Machtpotentials mittels „friedlicher“ Aggressionen. Durch die Einverleibung zusätzlicher Territorien und Ressourcen sollten der Ausbruch der unmittelbar bevorstehenden Systemkrise verhindert und alle jene Handlungsmöglichkeiten zurückgewonnen werden, die ein Wiederanknüpfen an den strategischen Optionen für das Jahr 1942 ermöglichten. Es begann eine Ära improvisierter innerer und äußerer raubwirtschaftlicher Operationen, wobei alte und neuartige Instrumente der imperialistischen Aggressionspolitik miteinander kombiniert wurden. Künftig sollte jede Gelegenheit und jeder günstige Augenblick für die gewalttätig-hoheitliche Aneignung von Gold, Devisen, Rohstoffen, Produktionsmitteln und Arbeitskräften genutzt werden. Dabei wurden alle verfügbaren Machthebel eingesetzt, die unterhalb der Ebene der klassischen Kriegführung beziehungsweise des Bürgerkriegs zur Verfügung standen: die diplomatische oder soziale Isolierung der ausgewählten Opfer, ihre innenpolitische Destabilisierung durch fünfte Kolonnen der NS-Bewegung, überraschende militärische Drohgesten und ausgeklügelte Überrumpelungsmanöver gegenüber den politischen Führungen und den angegriffenen Gesellschaftsgruppen. Der Anteil der offenen militärischen Gewaltanwendung sollte dagegen so eingeschränkt und verkürzt werden, daß er zu keinen größeren Kriegshandlungen führte, denn für den großen europäischen Krieg war NS-Deutschland noch nicht gerüstet und wehrwirtschaftlich noch nicht stark genug.

Über eine derartige Vorgehensweise herrschte bald breiter Konsens unter den Führungs- und Funktionselementen der Entscheidungszentren und Planungsstäbe.³ Das kann auch nicht verwundern, denn sie hatten

³ Vgl. Hans-Erich Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Stuttgart 1979, Bd. I,

sich in den vergangenen fünf Jahren zunehmend auf raubwirtschaftliche Praktiken zubewegt. Erinnert sei nur an die immer wieder versuchte Zwangskreditnahme gegenüber bilateralen Handelspartnern, die Umwandlung der durch die Transfersperre blockierten Guthaben ausländischer Gläubiger und zur Emigration gezwungener Juden in Finanzinstrumente des Exportdumpings, die strafrechtliche Radikalisierung der Devisenbestimmungen, die Durchsetzung zunehmend unfreier Arbeitsverhältnisse und vor allem die Intervention in Spanien. In Spanien hatte NS-Deutschland schon im Spätsommer 1936 die Schwelle zum Krieg vor dem Krieg überschritten. Nur wurde dies nicht so wahrgenommen, weil die Rohstoffbezüge des HISMA/ROWAK-Komplexes⁴ mit einer „brüderlichen Waffenhilfe“ für „Nationalspanien“ kombiniert waren und territoriale Annexionen wegen der großen Distanz zwischen den beiden Ländern nicht in Betracht kamen.

Die Annexion Österreichs

Das erste operative Fenster, das sich den Deutschen in dieser dramatisch veränderten Situation auf der außenpolitischen Ebene öffnete, wies ihnen den Weg nach Österreich.⁵ Im Juli 1934 hatte die österreichische Landesgruppe der NSDAP bei ihrem Versuch, ihr Land durch einen Aufstand mit NS-Deutschland „gleichzuschalten“, eine katastrophale

S. 316 f.; Jost Dülffer, *Der Beginn des Krieges 1939. Hitler, die innere Krise und das Mächtesystem*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 2 (1976), H. 4, S. 443–470; Timothy W. Mason, *Innere Krise und Angriffskrieg 1938/39*, in: Friedrich Forstmeier / Hans-Erich Volkmann (Hg.), *Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges*, Düsseldorf 1975, S. 159 ff.; Eckart Teichert, *Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftspolitische Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg*, München 1984, S. 46ff.

⁴ Beim HISMA-ROWAK-Komplex handelte es sich um ein von der Vierjahresplanbehörde gesteuertes deutsch-spanisches Handelsmonopol, das im Herbst 1936 gegründet wurde, um als Gegenleistung für die Militär- und Waffenhilfe an Franco die Bodenschätze „Nationalspaniens“ zugunsten der deutschen Aufrüstung auszubeuten.

⁵ Vgl. zum folgenden Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (im folgenden ADAP), Serie D, Bd. I, passim; *Anschluß 1938. Protokoll eines Symposiums in Wien v. 14./15.3.1978*, München 1981; Franz Müller, *Franz von Papen und die deutsche Österreich-Politik in den Jahren 1934 bis 1938*, in: Thomas Albrich / Klaus Eisterer / Rolf Steininger (Hg.), *Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938*, Innsbruck 1988, S. 357–383.

Niederlage erlitten. Dadurch war auch die deutsche Außenpolitik erheblich diskreditiert worden. In dieser Situation hatte der gerade als Vizekanzler zurückgetretene Franz von Papen es übernommen, eine Brücke zwischen den – seit 1931 in Gestalt der deutsch-österreichischen Zollunions-Pläne akzentuierten – Vorstellungen der großbürgerlich-konservativen Eliten und den radikalen Optionen der NS-Bewegung herzustellen. Als Wiener Sonderbotschafter hatte er eine „nationale Opposition“ der Honoratioren unter Einschluß der österreichischen NSDAP auf den Weg gebracht und sich darum bemüht, sie neben den Christlich-Sozialen und der „Heimwehr“ als dritten Pfeiler des „Ständestaats“ zu etablieren. Gleichzeitig hatte er versucht, Österreich Zug um Zug außenpolitisch zu isolieren und einen „evolutionären“ Prozeß des Zusammenschlusses voranzutreiben.

Bis zum Sommer 1936 hatte Papen die erste Etappe dieses Penetrationsprozesses erfolgreich absolviert. Am 11. Juli 1936 war ein Abkommen zur Normalisierung der außen-, wirtschafts- und verkehrspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich geschlossen worden, und am 22. August 1936 folgte ein Verrechnungsabkommen, das den Deutschen erhebliche Vorteile brachte.⁶ Die NS-Führung hatte Papens Erfolge uneingeschränkt anerkannt, sich auf eine Fortsetzung seines „evolutionären“ Kurses festgelegt und ihren Sonderbotschafter ermächtigt, „die politische Linie“ weiterhin „so zu führen, daß es zu keiner Bruchlösung kommt – solange diese aus europäischen Gründen unerwünscht ist“.⁷

In der zweiten Etappe war Papen dazu übergegangen, die bisherige „geduldige, psychologische Behandlung mit allmählich verstärktem Druck in Richtung eines Regimewechsels“ zu verbinden⁸ und die deut-

⁶ Neben dem Zugeständnis von Clearingschulden bis zu 120 Millionen Schilling (ca. 60 Millionen Reichsmark) hatten sich die österreichischen Vertragspartner bereit erklärt, für die Deutschen in Schweden und den USA strategische Engpaßrohstoffe einzukaufen und sie ihnen über den Weg des Verrechnungsabkommens zugänglich zu machen.

⁷ Schreiben Papens an Ministerialdirektor Ernst von Weizsäcker, 16.12.1936. Abgedruckt als Dokument 80 in: ADAP Serie D, Ba. I, S. 105 f.

⁸ Schreiben Papens an Hitler, 1.9.1936. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im folgenden PA AA), Gesandtschaft Wien, Geheimberichte Papens, Bd. 3.

schen Aktivitäten gegen die „Schaffung eines kulturellen österreichischen Eigengewächses“ zu verstärken.⁹ Dabei hatte er einen Modus des Zusammenschlusses favorisiert, der Österreich die Rolle eines mit begrenzten Autonomierechten ausgestatteten Satellitenstaats zuwies, sich aber auch nicht den Möglichkeiten einer „Totallösung“ verschloss. Dieser zynische Pragmatismus hatte Papen und den hinter ihm stehenden außen- und wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren der NS-Diktatur erhebliche Handlungsspielräume verschafft. Es bestand jedoch auch in der zweiten Etappe des Penetrationsprozesses Einigkeit darüber, daß eine engere staatsrechtliche Anbindung Österreichs erst ins Auge gefaßt werden sollte, sobald NS-Deutschland die Vorherrschaft über Europa errungen hatte, also nach 1942.

Im Verlauf des Jahrs 1937 waren jedoch neue Schwierigkeiten aufgetaucht.¹⁰ Die österreichische Landesleitung der NSDAP verweigerte sich den reichsdeutschen Vorgaben und forcierte einen eigenständigen Konfrontationskurs gegen den Austrofaschismus. Und Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg verschleppte die Erfüllung der Forderungen nach einer beschleunigten Integration der „nationalen Opposition“ in das politische Machtsystem. Die „Evolutions“-Konzeption schien ausgereizt, und statt des „allmählich verstärkten Drucks“ setzten die Deutschen nun härtere Mittel ein. Papen erzwang die Ernennung des NSDAP-Repräsentanten Arthur Seyß-Inquart zum österreichischen Staatsrat und überzeugte Schuschnigg schließlich, die seines Erachtens verfahrenere Situation in direkten Verhandlungen mit der NS-Führung zu „bereinigen“. Wilhelm Keppler, Hitlers Beauftragter für Wirtschaftsfragen und Mentor der Ersatzstoffprojekte der Vierjahresplanbehörde, wurde zur Disziplinierung der österreichischen NSDAP nach Wien geschickt.

⁹ Schreiben Papens an Hitler, 1.7.1937. Abgedruckt als Dokument 233 in: ADAP Serie D, Bd. I, S. 356 f., Zitat S. 356.

¹⁰ Vgl. zum folgenden Norbert Schausberger, Österreich und die nationalsozialistische Außenpolitik, in: Manfred Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Düsseldorf 1977, S. 728–758; Alfred Kube, Pour le merite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1986, S. 215 ff.; Müller, Franz von Papen (Anm. 5), S. 372 ff.

Auch Vierjahresplanchef Hermann Göring mischte sich zunehmend ein. Im Zusammenspiel mit Papen und dem Auswärtigen Amt trieb er die diplomatische Isolierung Österreichs in ein entscheidendes Stadium, wobei vor allem die italienische Bereitschaft, einen militärischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß hinzunehmen, von Bedeutung war.¹¹ Seit dem Herbst 1937 propagierten Göring und Keppler zusätzlich eine deutsch-österreichische Währungsunion, um den wirtschaftspolitischen Penetrationsprozeß zu beschleunigen und unwiderruflich zu machen. Sie verhehlten nicht, daß es ihnen vor allem darum ging, die in Schwierigkeiten geratenen Vierjahresplanvorhaben durch die Einbeziehung des österreichischen Rohstoff- und Wirtschaftspotentials zu entlasten. Als den entscheidenden Schlüssel, der die Tür öffnen würde, betrachteten sie die Übertragung der Währungshoheit der Reichsmark auf Österreich.¹²

Am 12. Februar 1938 konferierte Schuschnigg schließlich auf Vorschlag Papens mit Hitler in Berchtesgaden. Der völlig unvorbereitete österreichische Kanzler ließ sich dabei überrumpeln und unterzeichnete eine Absichtserklärung, die den Weg zur Beschleunigung der zweiten Penetrationsphase freimachte:¹³ enge Koordination der Außen- und Militärpolitik, Legalisierung der österreichischen NSDAP, Berufung Seyß-Inquarts zum Innenminister und Chef des Sicherheitswesens und Vorbereitung der „Angleichung des österreichischen an das deutsche Wirtschaftssystem“. Während die Westmächte wie zuvor schon Italien signalisierten, daß sie einen „friedlich“ verlaufenden Zusammenschluß hinnehmen würden, und sich die österreichische NSDAP-Landesleitung nun unter der Regie Seyß-Inquarts erstmalig in ein fügsames Instrument der deutschen Außenpolitik verwandelte, schlossen sich die wirt-

¹¹ Während des NSDAP-Putsches im Juli 1934 hatte Italien, damals noch Bündnispartner der Kleinen Entente, seine Truppen zur „Wacht am Brenner“ geschickt und damit den Aufstand außenpolitisch isoliert.

¹² Vgl. Karl Stuhlpfarrer, Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich, in: *Anschluß 1938* (wie Anm. 5), S. 271–294.

¹³ Protokoll über die Besprechung am 12. Februar 1938. Abgedruckt als Dokument 295 in: *ADAP Serie D*, Bd. 1, S. 423–425.

schaftspolitischen Planungsstäbe der NS-Diktatur den Voten Görings und Keplers an und erhoben die Währungsunion zum vorrangigen Instrument des ökonomischen Angleichungsprozesses. Göring beauftragte Keppler am 14. Februar 1938, die Währungsunion vorzubereiten. Eine Woche später wurden auf einer Besprechung der wirtschafts- und finanzpolitischen Ressorts die Modalitäten festgelegt. Der Weg zur Umsetzung des in Berchtesgaden ausgehandelten Pakets schien frei zu sein, zumal seit der Bekanntgabe des Abkommens die politische Machtbasis Schuschniggs zu bröckeln begann, eine Kapitalflucht von erheblichen Ausmaßen in Gang kam, und die Gesellschaft zu großen Teilen demoralisiert war.¹⁴

Doch nun geschah etwas völlig Unerwartetes: Schuschnigg zog die Notbremse und versuchte das Berchtesgadener Abkommen rückgängig zu machen. Er weigerte sich hartnäckig, mit Keppler über die Währungsunion zu verhandeln. Am 9. März setzte er schließlich eine Volksabstimmung an, die am 13. März stattfinden und seinen Ablehnungskurs plebiszitär untermauern sollte.

Damit waren die deutschen Ambitionen kurz vor dem Passieren des zweiten Etappenziels in Frage gestellt. Es begann ein außenpolitisches Krisenmanagement, bei dem Göring die Initiative ergriff, den zaudernden Hitler beiseite schob und schließlich das Gesetz des Handelns an sich riß. Göring forderte Schuschnigg ultimativ zum Rücktritt auf, während Hitler nur den Widerruf der Volksabstimmung von ihm verlangt hatte. Als Schuschnigg tatsächlich am 11. März demissionierte, veranlaßte Göring Seyß-Inquart im Verlauf einer hektischen Telefonkonferenz, als Sicherheitsminister auf dem Posten zu bleiben, eine neue Regierung zu bilden und ein Hilfersuchen an das Reich zu richten.¹⁵

¹⁴ Vgl. Dr. Veessenmeyer, SD-Hauptamt III/2, Lagebericht über Österreich bis zum 18.2.1938. Abgedruckt als Dokument 313 in: ADAP Serie D, Bd. I, S. 439–441.

¹⁵ Die Telefongespräche, die Göring zwischen dem 11. und 14. März 1938 mit Arthur Seyß-Inquart, Wilhelm Keppler, Prinz Philipp von Hessen, Joachim Ribbentrop u.a. bezüglich der Annexion Österreichs führte, sind dokumentiert in: Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, 42 Bde., 1947–1949 (im folgenden IMG), Bd. XXXI, S. 354–384.

Dadurch erhielt der schon in Gang gekommene „Sonderfall Otto“, der ad hoc beschlossene und völlig unvorbereitete Einmarsch der Wehrmacht in Österreich,¹⁶ einen formalen Legitimationsrahmen. Am 13. März 1938 proklamierte Seyß-Inquart den Anschluß Österreichs an das Reichsgebiet, und noch am selben Tag wurde die in ein österreichisches Bundesgesetz gekleidete Selbstauflösung der österreichischen Republik als deutsches Reichsgesetz übernommen und festgeschrieben.

Auf diese Weise gelang es der Spitze der Vierjahresplanbehörde gegen Ende der zweiten Märzwoche, das bisherige Stufenprogramm des „Anschlusses“ gegen eine sich plötzlich eröffnende radikale Alternative auszutauschen. Die Perspektive des mehrstufigen „Zusammenwachsens“ zweier ungleicher Partner wich einer gewaltsam vollzogenen Annexion, auch wenn dabei kein einziger Schuß fiel, und damit wurde die für die Zeit nach der Währungsunion vorgesehene dritte Etappe eines mehrjährigen administrativen Verschmelzungsprozesses schlagartig hinfällig. Die Währungsunion bildete jetzt nicht mehr den Auftakt, sondern sie wurde zu einem Resultat der Einverleibung Österreichs und machte wenige Tage nach dem Einmarsch der Wehrmacht die gewalttätig geschaffenen Tatsachen auch wirtschaftspolitisch unumkehrbar.

Hätte sich das Schuschnigg-Regime in das von ihm selbst mit heraufbeschworene Schicksal gefügt, dann hätten die Deutschen in der dritten Etappe des Zusammenschlusses für die durch die Währungsunion erzwungene Preisgabe des österreichischen Wirtschaftspotentials erhebliche Gegenleistungen erbringen müssen und aufgrund des begrenzt fortbestehenden österreichischen Autonomiestatus auch viel Zeit verloren. Statt dessen brachen nun aufgrund des von Göring durchgesetzten Gewaltakts die Dämme, plötzlich gab es keinen Widerstand gegen den uneingeschränkten Zugriff auf die Reichtümer Österreichs mehr.

¹⁶ Reichskriegsminister Wilhelm von Blombergs hatte zwar in seiner „Weisung für die einheitliche Kriegsvorbereitung der Wehrmacht“ vom 24. Juni 1937 die Erarbeitung von Operationsplänen zur Besetzung Österreichs gefordert („Sonderfall Otto“), jedoch war bis März 1938 in dieser Hinsicht noch nichts geschehen. Blombergs Weisungen sind als Nürnberger Dokument C-175 abgedruckt in: IMG, Bd. XXXIV, S. 732–745. Ein den „Sonderfall Otto“ betreffender Auszug des Dokuments findet sich auch in: ADAP, Serie D, Bd. I, Herausgeberanmerkung S. 355 f.

Diese Entscheidung fiel zufällig zu einer Zeit, als viele Handlungsvarianten im Spiel waren. Sie wurde von den Kräften durchgesetzt, die am besten über die innere Krisenentwicklung der NS-Diktatur Bescheid wußten und sich deshalb darüber im klaren waren, was im März 1938 auf dem Spiel stand.

Die Annexion Österreichs war folglich keineswegs ein lange vorgeplanter integraler Bestandteil der Expansions- und Kriegsstrategie des „Dritten Reichs“, wie Norbert Schausberger dies annahm,¹⁷ sondern ein Zufallsgeschehen. Die durch die drohende Systemkrise in die Enge getriebenen Spitzenmanager der Vierjahresplanbehörde griffen in einer besonders zugespitzten Konstellation der deutsch-österreichischen Beziehungen ein, wodurch sich ihnen plötzlich die Chance eröffnete, den von ihnen forcierten „evolutionären“ Prozeß des Zusammenschlusses durch die Option der raschestmöglichen Einverleibung des österreichischen Wirtschaftspotentials zu ersetzen. Auf diese Weise wurde die „Eingliederung“ Österreichs zum ersten Glied einer Ereigniskette, die sich dem Umstand verdankt, daß die drohende Systemkrise die Planungs- und Entscheidungszentren der NS-Diktatur zur Flucht nach vorn gezwungen hatte.

Schon nach wenigen Tagen konnten die Deutschen mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen, daß sich das von der Spitze der Vierjahresplanbehörde inszenierte Hasardspiel in jeder Hinsicht gelohnt hatte. Am 17. März 1938 wurde die Währungsunion vollzogen und die Österreichische Nationalbank in die Deutsche Reichsbank einverleibt.¹⁸ Dabei

¹⁷ Vgl. Norbert Schausberger, *Der Griff nach Österreich. Der „Anschluß“*, Wien / München 1978; ders., *Der Anschluß und seine ökonomische Relevanz*, in: *Anschluß 1938* (wie Anm. 5), S. 244–270. Zur Kritik dieser Auffassung vgl. Stuhlpfarrer, *Der deutsche Plan einer Währungsunion* (wie Anm. 12), S. 271 ff.; Kube, *Pour le merite und Hakenkreuz* (wie Anm. 10), S. 215 ff.; sowie Martin Moll, *Die Annexion Österreichs 1938 als erster Schritt zur Entfesselung des zweiten Weltkrieges? Forschungsstand und offene Fragen*, in: Berlekamp / Röhr / Roth (Hg.), *Der Krieg vor dem Krieg* (wie Anm. 1).

¹⁸ Schacht ließ es sich nicht nehmen, dieses Ereignis vier Tage später mit einem Festakt zu begehen. Am 21. März 1938 gemeindete er das Personal der Österreichischen Nationalbank in einer Ansprache folgendermaßen ein: „Und nun bitte ich Sie, sich zu erheben. Wir wollen heute das Bekenntnis ablegen zur großen Familie der Reichsbank, wir wollen das Bekenntnis ablegen zur großen deutschen Volksgemeinschaft, wir wollen das Bekenntnis ablegen zu unserem neuer-

wurde der österreichische Schilling um ein Drittel aufgewertet.¹⁹ Dieses Vorgehen ermöglichte den reibungslosen Zugriff auf die inneren Kapital- und Warenmärkte sowie auf die österreichische Außenwirtschaft. Im Vordergrund stand jedoch das Bemühen, möglichst rasch der in Österreich gehorteten Gold- und Devisenbestände habhaft zu werden. Dies gelang weitgehend.²⁰ Von der Österreichischen Nationalbank wurden Devisen im Gegenwert von 470 Millionen Schilling, ungemünztes Gold in Höhe von 296 Millionen und Clearingguthaben in Höhe von 150 Millionen Schilling übernommen. Zusätzlich tauschte das österreichische Publikum wegen des günstigen Umtauschkurses bei der in Wien neu eröffneten Reichsbankhauptstelle in großem Umfang gehortetes Inlandsgold, Auslandsbankguthaben und Auslandswertpapiere gegen Reichsmark, und später brachten die Reichsbankbeamten weitere Goldreserven der Banken und Sparkassen in Höhe von 500 Millionen Schilling unter ihre Kontrolle. Die Gesamtbeute an Gold- und Devisenreserven belief sich schließlich auf mindestens 2,3 Milliarden Schilling, das waren etwa 1,15 Milliarden Reichsmark nach der Währungsparität kurz vor der Annexion beziehungsweise 1,63 Milliarden Reichsmark auf der Basis des Umtauschkurses vom 17. März 1938.

Diese Beute wurde 1938 in mehreren Etappen zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits eingesetzt. 1938 war die deutsche Kapitalbilanz mit 467 Millionen Reichsmark passiv. Dadurch, „dass Erlöse aus Effekten und Devisenbeständen, die bei der Eingliederung Österreichs angefallen waren, zum Ausgleich der Bilanz verwendet wurden“,²¹ konnte sie auf

standen, machtvollen Großdeutschen Reich.“ Abgedruckt als Dokument 2629 in: Herbert Michaelis / Ernst Schraepfer (Hg.), Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, 11. Bd., Berlin o. J., S. 679–681, Zitat S. 681.

¹⁹ Er hatte sich kurz vor der Annexion auf 1 Schilling zu 0,47 bis 0,50 Reichsmark belaufen, die Parität betrug nun 1:0,66.

²⁰ Vgl. zum folgenden S. L. Gabriel, Österreich in der großdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 147 (1938), S. 641–694, hier S. 648 ff.; Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Die Schweiz und die Goldtransaktionen im Zweiten Weltkrieg, Zwischenbericht, Bern, Mai 1998, S. 36.

²¹ Statistisches Reichsamt, Die deutsche Zahlungsbilanz und Devisenbilanz 1939. BArchB, R 7/3629, fol. 82 ff., Zitat fol. 85.

einen Aktivsaldo von 533 Millionen Reichsmark angehoben werden. Dies führte zur Stabilisierung der Gesamtsalden der Zahlungsbilanz, wenn auch nur für das Jahr 1938. Man wußte schon im Mai 1938, daß „Anfang 1939 wieder „die Lage gegeben sein“ würde, „die Anfang 1938 vor der Eingliederung Österreichs sich abzuzeichnen begann“,²² und tat gut daran, nach weiteren Aggressionsopfern Ausschau zu halten. Des- sen ungeachtet war die Annexion Österreichs aus der Sicht ihrer Akteure schon allein aus diesem Grund eine ausgesprochene Erfolgsschichte.

Darüber hinaus war auch der allgemeine volkswirtschaftliche Zuwachs beträchtlich, wie die Experten der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau der Vierjahresplanbehörde, des Statistischen Reichsamts und der Wehrwirtschaftsstab des Oberkommandos der Wehrmacht übereinstimmend feststellten.²³ Ihren Analysen zufolge erwies sich der vorausgegangene deflationistische Kurs des österreichischen „Ständestaats“ nicht nur wegen der nun ohne Gegenleistung abgeschöpften Überliquidität als Balsam für die deutschen Rüstungsnot: Aufgrund der damit gekoppelten Unterauslastung des Produktionspotentials und der strukturellen Arbeitslosigkeit konnten Fabrikanlagen und Beschäftigungspotentiale unmittelbar für die deutschen Rüstungszwecke hochgefahren werden. Die Steigerung der Produktion in den nur zu 40 bis maximal 75 Prozent ausgelasteten Industriesektoren verbreiterte die Rüstungskapazitäten unmittelbar. Von den 700.000 effektiv Arbeitslosen ließen sich etwa 200.000, darunter 10.000 Ingenieure, vorübergehend ins Reichsgebiet abziehen, ohne die für die „Ostmark“ ins Auge gefaßten Aufbauprogramme zu gefährden.²⁴ Zusätzlich gab es in Österreich acht gut ausgestattete Waffenfabriken, die über hochqualifizierte Stamm-

²² So Erich Neumann, der Leiter der Geschäftsgruppe Devisen der Vierjahresplanbehörde, bei der Dritten Besprechung über Wirtschaftsfragen am 19.5.1938. BArchB, R 26 IV//4, fol. 59.

²³ Ihre Gutachten sind abgedruckt in: Norbert Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 2/70, S. 133–165.

²⁴ Syrup beorderte im Sommer 100.000 österreichische Arbeitslose und Kurzzeitbeschäftigte, darunter 10.000 Ingenieure, auf der Basis der Dienstpflichtverordnung vom 22. Juni 1938 ins Reich. Etwa 100.000 hatten sich davor schon freiwillig nach Deutschland vermitteln lassen.

belegschaften verfügten, darunter so bekannte Namen wie die Steyr-Daimler-Puch AG und die Gebr. Böhler & Co. Und natürlich fielen bei den „wehrwirtschaftlichen“ Übernahmebilanzen die Rohstoffreserven besonders ins Gewicht: die auf vier Millionen Tonnen pro Jahr zu steigende Förderung der obersteierischen Eisenerze, der sofort ins Auge gefaßte Abtransport von 13 Millionen Festmeter Holz nach Deutschland, die großen Lagerstätten an Magnesit, Blei, Antimon und Graphit, der Ausbau der Wasserkraftwerke als Energiereservoir auch für Bayern sowie der Einsatz der Braunkohlevorräte für den Aufbau einer synthetischen Kraftstoffkapazität von 400.000 Tonnen pro Jahr. Als „Belastung“ galt dagegen die landwirtschaftliche Situation, weil Österreich zur Zeit der Annexion nur 70 Prozent seines Getreide- und Viehbedarfs aus Eigenproduktion aufbrachte.²⁵

Es nimmt also nicht wunder, daß sich im Anschluß an das Chaos der Annexionsereignisse bei den wirtschaftspolitischen Planungs- und Entscheidungsstäben eine euphorische Grundstimmung breitmachte. Die Annexion eröffnete ihnen neue Handlungsmöglichkeiten und führte aus vielen Sackgassen. Als Göring am 26. März 1938 in einer Rede anlässlich der Übertragung der Befugnisse der Vierjahresplanbehörde auf Österreich ausrief, man solle in den nächsten Wochen „nicht lange verhandeln, nicht lange schwätzen, sondern handeln und arbeiten“,²⁶ verstärkte er eine Grundhaltung, die das rücksichtslose Vorgehen der nun ausschwärmenden Annexionsexperten legitimierte und den Widerstand lange Zeit paralisieren sollte.

Ein weiteres wirtschaftspolitisches Aktivum der Annexion war Österreichs Außenhandel. Er wurde ebenfalls unverzüglich den deutschen Lenkungsinstrumenten einverleibt, denn die „Übernahme“ eröffnete die

²⁵ Vgl. Abteilung für industrielle Produktionsstatistik des Statistischen Reichsamts, Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs in den deutschen Wirtschaftsraum, o.D., auszugsweise abgedruckt als Dokument 3 in: Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte (wie Anm. 23), S. 151–160, hier S. 159.

²⁶ Abgedruckt als Dokument 9 in: Helma Kaden (Dokumentenauswahl und Einleitung), Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (Europa unterm Hakenkreuz, Hg. Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann / Ludwig Nestler, Bd. 1), Berlin 1988, S. 84 f.

Perspektive einer Konsolidierung der bislang überaus prekären Wirtschaftsbeziehungen zu Südosteuropa. Die Experten des Statistischen Reichsamts freuten sich darüber, daß NS-Deutschland „jetzt weit in den kriegsversorgungswirtschaftlich überaus bedeutsamen europäischen Südosten hinein“ ragte.²⁷ Die Technokraten der Vierjahresplanbehörde und des Wehrwirtschaftsstabs witterten die Chance, die Balkanländer nun ernsthaft durchdringen und die lahmen bilateralen Warengeschäfte, ausgehend von den übernommenen österreichischen Kapitalbeteiligungen, aktivieren zu können, wobei „Wien als dem Tor nach dem Südosten wachsende Bedeutung“ zukam.²⁸ Dagegen ließen die Experten der Handelspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts ihren Blick weiter schweifen und suchten aus der Gesamtheit der bisherigen österreichischen Wirtschaftsbeziehungen Vorteile zu schlagen.²⁹ Bei den Handelsverträgen sollten die Zollpräferenzen einseitig zugunsten der Deutschen verändert werden, denn die damit verbundenen Vergünstigungen für die Verbraucher hätten im Fall einer Übertragung auf die Bevölkerung „Großdeutschlands“ der Rüstungskonjunktur im Weg gestanden. Bei den Warenabkommen ging es dagegen darum, die Exporte zu steigern und dabei dennoch die Ausfuhr strategischer Rohstoffe für Deutschland und seine Allianzpartner zu reservieren. Und für die Deutsche Verrechnungskasse, die am 19. April 1938 ihre Wiener Zweigstelle eröffnete, ergab sich die einmalige Gelegenheit, mit den erbeuteten österreichischen Clearingüberschüssen zu wuchern und sie für strategisch wichtige Investitionen in Südosteuropa verfügbar zu machen.

Am 13. März wandelte sich Wien jedoch nicht nur für die Lenker und Planer der gesamtwirtschaftlichen Prozesse zum „großdeutschen“ Mekka. In diesem Pilgerzug fanden sich vielmehr von Anfang an viele

²⁷ Abteilung für industrielle Produktionsstatistik des Statistischen Reichsamts, Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs (wie Anm. 25), S. 159.

²⁸ Wehrwirtschaftsstab beim OKW, Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs, Denkschrift vom 3.5.1938. Abgedruckt als Dokument 4 in: Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte (wie Anm. 23), S. 160–165, Zitat S. 163.

²⁹ Vgl. zum folgenden Protokoll Nr. 5 des Handelspolitischen Ausschusses, Sitzung am 6.4.1938. PA AA, R 116814.

berufene wie unberufene Repräsentanten der Einzelunternehmen und Wirtschaftsverbände. Dabei kristallisierten sich rasch zwei Lobby-Gruppen heraus, die in den folgenden Wochen die mit den hoheitlichen Übertragungsrechten befaßten wirtschaftspolitischen Annexionsstäbe belagerten: die Technokraten der Rüstungsindustrie und die Repräsentanten der zivilen Sektoren.

Besonders lautstark agierten diejenigen Unternehmens- und Verbandsvertreter, die bislang im Schatten der Rüstungskonjunktur gestanden hatten. Die hanseatischen Kaufleute beispielsweise reisten nach Wien, um den neuen Statthaltern der wirtschaftspolitischen Macht ihre brachliegenden Kapazitäten als „Reservebecken“ für die ins Haus stehende „Ver-Arisierung“ und Rationalisierung des Großhandels anzupreisen.³⁰

Aber auch die Vertreter der Großbanken verzichteten auf die in ihrer Branche sonst übliche Diskretion und fochten mit harten Bandagen.³¹ Das ist verständlich, denn auch sie waren gerade erst den krisenbedingten staatlichen Stützungsoperationen entronnen und griffen nach jeder Möglichkeit, den rüstungsbedingten Restriktionen der Geld- und Kapitalmärkte durch den Sprung ins Österreich- und Südosteuropageschäft auszuweichen. Dabei waren sie durchaus erfolgreich, denn ihr Engagement wurde dringend benötigt. Über Nacht verwandelten sich die nach dem Bankenkrach vom Juni/Juli 1931 noch verbliebenen österreichischen Restbeteiligungen der Berliner Großbanken in stattliche Majoritäten. Der Dresdner Bank, der Hausbank der inzwischen als Reichswerke Hermann Göring firmierenden AG für Erzbergbau und Metallhütten, wurde die Wiener Länderbank AG als Hauptniederlassung zugeschanzt. Dagegen erhielt die Deutsche Bank den Zuschlag für

³⁰ Vgl. die Dokumentation ihres Vorgehens in: StaHH, 371-7 II, Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe, Nr. S. XXI A.16.55; ergänzend Karl Heinz Roth, Ökonomie und politische Macht: Die „Firma Hamburg“ 1930–1945, in: Angelika Ebbinghaus / Karsten Linne, Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997, S. 15–176, hier S. 63 ff.

³¹ Vgl. zum folgenden OMGUS, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, Hg. Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik, Nördlingen 1985, S. 205 ff.; Dietrich Eichholtz, Der „Anschluß“ Österreichs 1938 und die Südosteuropaexpansion der Deutschen Bank, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1988/4, S. 203–248.

die Österreichische Creditanstalt-Bankverein, die größte Universalbank und Industrieholding Österreichs, wenn auch in Raten: 76 Prozent des Aktienkapitals der Österreichischen Creditanstalt befanden sich in Staatsbesitz und wurden vom Reichsfinanzministerium zunächst auf die Vereinigte Industrieunternehmungen AG (VIAG) übertragen. Diese gab im Dezember 1938 25 Prozent ihres Aktienpakets als erste Rate an die Deutsche Bank ab, räumte ihr ein Vorkaufsrecht auf den Rest ein und sicherte ihren Spitzenmanagern zu, sie könnten künftig „in allen organisatorischen Fragen im wesentlichen allein handeln und“ sollten sich „nur bei wichtigen Personal- und geschäftlichen Fragen“ mit der Generaldirektion der VIAG „verständigen“³² Auf diese Weise erlangte die Deutsche Bank zur Jahreswende 1938/39 die De-facto-Kontrolle über das bankwirtschaftliche Filetstück der Annexion Österreichs.

Dagegen fielen die Transaktionskosten der Rüstungsunternehmen im allgemeinen deutlich niedriger aus, denn sie konnten bei der Verfolgung ihrer Partialinteressen direkt auf ihre in die gesamtwirtschaftlichen Annexionsstäbe delegierten Vertreter zurückgreifen. Unmittelbar nach der Annexion erwarb die I.G. Farbenindustrie AG mit der Škodawerke Wetzler AG ein Schlüsselunternehmen der österreichischen Chemieindustrie, von dem aus sie auf den gesamten Sektor der Grundstoffchemikalien zugriff und diesen in einer neuen Holding, der Donau Chemie AG, zusammenfaßte.³³ Den Vereinigten Stahlwerken blieb dagegen ein derart eindeutiger und sichtbarer Machtzuwachs versagt. Albert Vögler scheiterte bei dem Versuch, die langjährige Beteiligung der Vereinigten Stahlwerke an der Alpine Montan AG zum Ausgangspunkt für eine Interessengemeinschaft zwischen seinem Konzern und

³² Schreiben Oswald Röslers an seinen Deutsche-Bank-Vorstandskollegen Oscar Schlitter, 28.12.1938, Bl. 2. Als Faksimile abgedruckt in: United States District Court, Southern District of New York, Declaration of John Rees in Re Austrian and German Bank Holocaust Litigation, New York o. D. (2000).

³³ Vgl. OMGUS, Ermittlungen gegen die I.G. Farbenindustrie AG September 1945, Hg. Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik, Nördlingen 1986, S. 201 ff.

den Reichswerken Hermann Göring zu machen.³⁴ Nach einem fast einjährigen Tauziehen sicherte sich Paul Pleiger, der Generaldirektor des Göring-Konzerns, das Aktienpaket und damit den Zugriff auf die Alpine Montan AG und projektierte mit einem Hüttenwerk in Linz einen gigantischen Standort zur Verwertung der Vorkommen des obersteirischen Erzbergs. Für seine Konzessionen an die Arrondierungsinteressen Pleigers konnte Vögler erhebliche betriebswirtschaftliche Vorteile einheimsen, die einer massiven Subventionierung der Vereinigten Stahlwerke durch die neue österreichische Filiale des Göring-Konzerns gleichkamen: Die Reichswerke traten in einen schon vor der Annexion zwischen der Alpine Montan AG und den Vereinigten Stahlwerken geschlossenen Liefervertrag ein und verpflichteten sich, jährlich acht Millionen Tonnen Rösterze und sechs Millionen Stahlrohisen auf Selbstkostenbasis an die Vereinigten Stahlwerke zu liefern.

Die Zerschlagung der Tschechoslowakei

Die österreichische Beute war noch längst nicht verteilt, geschweige denn verdaut, als sich die Führungsschichten der NS-Diktatur schon auf das nächste Opfer zu konzentrieren begannen: die Tschechoslowakische Republik. Eingeweihte dürfte dies kaum überrascht haben, denn seit sich die tschechoslowakische Regierung 1935 einem von Frankreich als Antwort auf die Rheinlandbesetzung initiierten Paktsystem angeschlossen hatte, gehörte sie zusammen mit Frankreich und dem dritten Bündnispartner Sowjetunion zu den Intimfeinden der deutschen Führungsschichten. Schon 1935 war in einem Kriegsspiel („Schulung“) die blitzartige Okkupation der Tschechoslowakei als präventiver Eröffnungszug bei einem sich abzeichnenden Zweifrontenkrieg geübt worden.³⁵ Zwei Jahre später, am 5. November 1937, hatte Hitler auf einer Wehrmachtbesprechung diese Option weiter konkretisiert: Zwar

³⁴ Vgl. Helmut Fiederer, Reichswerke „Hermann Göring“ in Österreich, Wien / Salzburg 1983, S. 68 ff., 88 ff.

³⁵ Vgl. Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980, S. 422.

sollte an der strategischen Orientierung auf den großen Krieg nach 1942 festgehalten, jedoch im Fall einer innenpolitisch oder militärisch bedingten Schwächung Frankreichs auch schon vorher die blitzartige Überwältigung der Tschechoslowakei ins Auge gefaßt werden.³⁶ Diese Option war auch in den Denkschriften über die „wehrwirtschaftliche“ Ausschlachtung der österreichischen Beute wieder aufgetaucht, wenn auch in der abgeschwächten Variante eines Wirtschaftskriegs,³⁷ weil führende Generalstäbler im Fall eines offenen Überfalls auf die ČSR eine Konfrontation mit Frankreich und England befürchteten, der die Wehrmacht beim aktuellen Stand der Aufrüstung noch nicht gewachsen war.³⁸ Diesem Votum mußte sich die NS-Führung schließlich beugen, auch wenn es die hinter ihm stehenden Generalstäbler zu Fall brachte. Zwar befahl Hitler Ende Mai 1938 die Vorbereitung des „Falls Grün, der militärischen Zerschlagung der ČSR“³⁹ nachdem die tschechoslowakische Armee am 21./22. Mai als Antwort auf die Terrorakte und

³⁶ Hitler dachte dabei konkret an eine Schwächung Frankreichs entweder durch innere soziale Spannungen, was zur Zeit der Volksfrontregierung nicht ganz unrealistisch war oder durch anderweitige kriegerische Verwicklungen. Vgl. Oberst Hößbach, Niederschrift über die Besprechung in der Reichskanzlei am 5.11.1937 (sogenanntes Hößbach-Protokoll). Abgedruckt als Dokument 2598a in: Michaelis / Schraepfer, Ursachen und Folgen, 11. Band (Anm. 18), S. 545–554, hier S. 550 f. Vgl. zum Kontext dieser Planungen Gerhart Hass, Krieg in Ost oder West? Zur Entscheidung über die Reihenfolge der faschistischen Aggressionen, in: Dietrich Eichholtz / Kurt Pätzold (Hg.), Der Weg in den Krieg. Studien zur Geschichte der Vorkriegsjahre (1935/36 bis 1939), Berlin 1989, S. 151–182.

³⁷ In seinem Gutachten vom 3. Mai 1938 hatte der Wehrwirtschaftsstab des OKW „die in hohem Maße verbesserten Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Abwürgung der Tschechoslowakei im Bedarfsfalle“ als besonderen, durch die Annexion Österreichs erreichten „Zuwachs an wehrwirtschaftlicher Schlagkraft“ hervorgehoben: Wehrwirtschaftsstab beim OKW, Die wehrwirtschaftliche Beurteilung der Eingliederung Österreichs, abgedruckt als Dokument 4 in: Schausberger, Wirtschaftliche Aspekte (wie Anm. 23), S. 165.

³⁸ Vgl. Klaus-Jürgen Müller, Ludwig Beck – ein General zwischen Wilhelmismus und Nationalsozialismus, in: Immanuel Geiss / Bernd-Jürgen Wendt unter Mitarbeit von Peter-Christian Witt (Hg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973, S. 513–528; ders., General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres, 1933–1938, Boppard am Rhein 1980.

³⁹ Der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht an die Oberbefehlshaber des Heeres, der Marine und der Luftwaffe. Weisung für den Plan „Grün“, 30.5.1938. Abgedruckt als Dokument 221 in: ADAP, Serie D, Bd. II, S. 281–285.

Provokationen der zur faschistischen Massenbewegung angewachsenen Sudetendeutschen Partei eine Teilmobilmachung durchgeführt hatte. Aber es kam letztlich nur ein Vorgehen in mehreren Etappen in Frage: eine auf mehrere Phasen verteilte Zerstückelung der ČSR, in denen die militärische Gewalt neben der Massenpropaganda und der Instrumentalisierung der „Volkstumspolitik“ nur eine untergeordnete Rolle spielen durfte und an deren erster Etappe die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens sogar mitgestaltend teilnahmen.⁴⁰ Auf diese Weise wurde aus dem Plan, die Tschechoslowakei militärisch zu zer schlagen, das zweite und dritte Glied in der Kette jener „friedlichen“ Aggressionen, aus deren Beute die Führungsschichten der NS-Diktatur seit dem März 1938 den binnenwirtschaftlichen Zyklus stabilisierten.

Bei der Inszenierung des ersten Akts, der Annexion der Sudetengebiete, spielten die Spitzenvertreter der Vierjahresplanbürokratie im Gegensatz zum Österreich-Abenteuer keine herausragende Rolle. Um so intensiver bereiteten sich ihre Stäbe und Planungsexperten im Hintergrund des Eskalationsszenarios auf die kommenden Ereignisse vor. Unter der Regie des Textilindustriellen Hans Kehrl, der sich schon bei den Märzoperationen als „Generalreferent“ des Reichswirtschaftsministeriums einen Namen gemacht hatte, entstand ein breites Netzwerk der Annexionsplanung, dem neben der engeren Umgebung Görings (Wilhelm Keppler, Paul Pleiger, Helmuth Wohlthat und Erich Neumann) mit Karl Ritter und Emil Wiehl auch die leitenden Handelspolitiker des Auswärtigen Amts sowie zusätzlich zu den Vertretern des Reichsbankdirektoriums der Dresdner-Bank-Vorstandssprecher Karl Rasche angehörten. Diese Spezialisten waren über die sich abzeichnenden Ereignisse zunächst wenig begeistert. Die überwiegend von tschechischen Staatsbürgern deutscher Nationalität bewohnten und von der Sudetendeutschen Partei zur „Selbstverwaltung“ beanspruchten tschechoslowakischen Grenzregionen waren in rüstungswirtschaftlicher Hinsicht

⁴⁰ Vgl. zu den Einzelheiten Werner Röhr, September 1938. Diversion und Demagogie bei der Erzeugung einer Kriegspsychose durch den Hitlerfaschismus und seine Fünfte Kolonne in der ČSR, in: Eichholtz / Pätzold (Hg.), *Der Weg in den Krieg* (wie Anm. 36), S. 211–277; Miroslav Kárný, *Die Logik von München. Das Protektorat Böhmen und Mähren*, in: ebenda, S. 279–308.

nicht besonders attraktiv.⁴¹ Ihre „Einverleibung“ erschien zwar einerseits vorteilhaft, weil sie die deutschen Defizite an Holz und Braunkohle ausglich, über eine solide energie- und chemiewirtschaftliche Basis verfügten und auch einige strategisch wichtige Rohstofflagerstätten (Uranerze und Wolfram) einbrachten; andererseits standen dieser positiven Perspektive erhebliche Nachteile gegenüber. Die überwiegend von den „Volksdeutschen“ besiedelten Gebiete der ČSR waren noch stärker als Österreich von landwirtschaftlichen Zuführen abhängig. Den wichtigsten Wirtschaftssektor bildete ein extrem unterkapitalisiertes, exportabhängiges und technisch rückständiges Fertigwarengewerbe, das seinen Beschäftigten Hungerlöhne zahlte. Die unter der Regie ihres Führers Konrad Henlein „heim ins Reich“ strebende deutsche Minderheit war entsprechend verarmt und erwartete erhebliche Gegenleistungen für ihre Irredenta gegen die Tschechoslowakei. Die „Einverleibung“ war also machtpolitisch bedeutsam, beeinträchtigte aber wegen der zu erwartenden Umstellungs- und Sanierungskosten den Primat der Konsolidierung des Hochrüstungskurses.

Vorteile und Nachteile hielten sich deshalb aus der Sicht der Krisenmanager des Rüstungszyklus die Waage. Die Annexionsplaner verständigten sich in den Tagen des Münchener Abkommens darauf, den Erwartungsdruck der volksdeutschen Sezessionisten durch die schnellstmögliche Einführung der Reichsmarkwährung sowie großzügige Entschuldungsaktionen zu befriedigen und diese Konzessionen mit der sofortigen geld- und devisenpolitischen Abtrennung der Sudetengebiete von der Tschechoslowakei zu kombinieren.⁴² Aufgrund der eigenen Notlagen vereinbarten sie zusätzlich, die Demarkationslinie so weit wie möglich über die Sprachgrenze hinaus ins Landesinnere vorzuschieben, um einen möglichst großen Teil der leistungsfähigen Wirtschaftssektoren

⁴¹ Vgl. zum folgenden die Aufstellungen des Leiters der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, Emil Wiehl, über die Wirtschaftsstruktur der Sudetengebiete und ihren Anteil an der Industrie der ČSR vom 20.9.1938 und 21.9.1938, in: ADAP Serie D, Bd. II, S. 683 und 691.

⁴² Vgl. Aufzeichnung Wiehls der Ressortbesprechung im Auswärtigen Amt über die wirtschaftspolitischen Vorbereitungen für den Fall einer vorläufigen deutschen Militärbesetzung des Sudeten-deutschen Gebiets, 24.9.1938, abgedruckt als Dokument 587 in: ADAP, Serie D, Bd. II, S. 731–733.

ren der ČSR unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dadurch sollte gleichzeitig die nächste Etappe, die Aufspaltung der dann wirtschafts- und verkehrspolitisch nicht mehr lebensfähigen Rest-Tschechoslowakei in „deutsche Dominions“, vorbereitet werden.⁴³

Am 10. Oktober, dem letzten Tag des durch das Münchener Abkommen festgelegten tschechoslowakischen Rückzugs aus den vier Militärzonen, verkündete Hermann Göring in seiner Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan die Währungsumstellung für die Sudetengebiete.⁴⁴ Dabei wurde die Tschechische Krone (Kč) gegenüber ihrem Devisenkurs zur Reichsmark (100 Kč/8,60 Reichsmark) um 35 Prozent aufgewertet (100 Kč/12 Reichsmark). Die von den Führern der sudetendeutschen Irredenta auf 15 Milliarden Kronen geschätzten Ersparnisse der „Volksdeutschen“ vermehrten sich dadurch schlagartig um mehr als ein Drittel. Zugleich war dies ein erheblicher Aderlaß für die tschechischen Bankzentralen, denn den aufgewerteten Forderungen ihrer sudetendeutschen Filialen standen entsprechend reduzierte Schulden gegenüber. Man schlug also zwei Fliegen mit einer Klappe: Den Erwartungen der „volksdeutschen“ Sezessionisten wurde durch die Währungsumstellung großzügig entsprochen, für die Folgekosten jedoch weitgehend der Prager Bankplatz haftbar gemacht.

Hinzu kam die schlagartige währungspolitische Einbindung des Wirtschaftssektors der Sudetengebiete in die NS-Ökonomie, denn die dort ansässigen Unternehmen waren auf Kronen-Basis nicht mehr konkurrenzfähig. Schließlich war es aufgrund der gewählten Umtauschrelation leicht möglich, die bei den Sudetendeutschen vorhandenen Gold- und Devisenbestände geräuschlos abzuschöpfen.⁴⁵ Man praktizierte auch in dieser Hinsicht den in Österreich eingeschlagenen Weg, obwohl allen

⁴³ Aufzeichnung des Chefs des Wehrwirtschaftsstabs im OKW, Oberst Thomas, über die Besprechung bei Göring am 14.10.1938. Nürnberger Dokument 1301-PS, abgedruckt in: IMG, Bd. XXVII, S. 160 ff.

⁴⁴ Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über die Einführung der Reichsmarkwährung in den sudetendeutschen Gebieten vom 10.10.1938. BArchB, R 2/14589, fol. 27. Vgl. auch die Korrespondenzstücke zur Vorgeschichte und zu den Nachwirkungen in dieser Akte.

⁴⁵ Zum Vorgehen vgl. die Aktenstücke in: BArchB, R 2/14589, fol. 72 ff.

Akteuren bekannt war, daß die Ausbeute wegen der prekären Wirtschaftslage der Sudetendeutschen recht bescheiden ausfallen würde.

Ihre übrigen Ziele verfolgten die Annexionsexperten der Vierjahresplanbehörde zunächst im Rahmen eines Internationalen Ausschusses, den die Signatarstaaten des Münchener Abkommens zur Klärung der endgültigen Grenzziehung und sonstiger offener Fragen eingesetzt hatten, und danach in bilateralen Verhandlungen, nachdem die tschechoslowakische Regierung am 14. Oktober auf eine offene Kollaborationslinie mit den Deutschen eingeschwenkt war.⁴⁶ Dabei schoben sich vor allem Karl Ritter und Hans Kehrl die Bälle zu. Indem sie die ökonomischen Beuteinteressen geschickt mit dem strategisch-operativen Sicherheitsdenken der Wehrmachtvertreter kombinierten, gelang es ihnen, die im Münchener Abkommen anhand ethnographischer Kriterien festgelegte Annexionsgrenze um fast das Doppelte des Gebietsumfangs in das Innere der Tschechoslowakei vorzuschieben. Als die tschechoslowakische Regierung am 20. November 1938 das abschließende Grenzprotokoll paraphierte, war neben einigen industriellen Schlüsselsektoren der überwiegende Teil der tschechoslowakischen Rohstoffbasis in die Hände der Deutschen gefallen: 86 Prozent der chemischen Industrie, 80 Prozent der Zementindustrie, 80 Prozent der Braunkohle- und zwei Drittel der Steinkohlevorkommen, 70 Prozent der Energieerzeugung und mehr als 60 Prozent der Eisen- und Stahlproduktion. Lediglich in einem Punkt hatten die deutschen Annexionsexperten teilweise den kürzeren gezogen: Ihre Forderung, die schon am 2. Oktober erfolgte polnische Annexion des an das Mährisch-Ostrauer Industriezentrum angrenzenden Teschener Gebiets mit seiner bedeutenden Steinkohle- und Hüttenkapazität rückgängig zu machen, war wegen des übergeordneten Interesses an der polnischen Komplizenschaft nur insoweit durchsetzbar, als der besonders wichtige Standort Witkowitz nachträglich dem deutsch besetzten Mährisch-Ostrau zugeschlagen wurde.⁴⁷

⁴⁶ Vgl. Werner Röhr, Die Logik von München. Zu den Konsequenzen imperialistischer Erpressungspolitik, in: Berlekamp / Röhr / Roth (Hg), Der Krieg vor dem Krieg (wie Anm. 1).

⁴⁷ Dies geschah, nachdem die Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie deshalb im Auswärtigen Amt interveniert hatte. Vgl. die Aufzeichnung Wiehls vom 4.10.1938, abgedruckt als

Darüber hinaus bemühten sich Kehrls Mitarbeiter um die Aufbesserung der längst wieder prekär gewordenen deutschen Gold- und Devisenbilanz auf Kosten der Tschechoslowakischen Staatsbank. Zunächst setzten sie im Internationalen Ausschuß durch, daß die Staatsbank ihre im Annexionsgebiet gelegenen Filialen an die Reichsbank abtreten mußte.⁴⁸ Dann erzwang Karl Ritter die zusätzliche Übergabe des in diesen Filialen vorhandenen Vermögens der Staatsbank in Höhe von 291,2 Millionen Tschechischen Kronen. Darauf folgte eine dritte Attacke, in die sich Göring unter dem Druck „der immer schwieriger werdenden Devisenlage“ mit der Forderung einschaltete, „in kürzester Frist“ ein diesem Betrag entsprechendes Goldäquivalent in Höhe von 30 bis 40 Millionen Reichsmark aus den Golddepots der Tschechischen Staatsbank einzutreiben.⁴⁹ Das war eine durch die währungs- und devisenpolitischen Gepflogenheiten nicht mehr gedeckte Nötigung, auf die die Vertreter der Tschechoslowakischen Staatsbank zunächst mit einer Hinhaltenaktik reagierten.

Daraufhin schaltete Göring das Auswärtige Amt ein. Aber auch die Gesandtschaft in Prag kam nicht weiter, denn Außenminister František Chvalkovsky verlangte die Übernahme eines Teils der tschechoslowakischen Staatsschulden als Gegenleistung, weil er nur unter dieser Vorbedingung die Zustimmung des tschechoslowakischen Ministerrats für möglich hielt. Schließlich schickte Göring seinen Chefunterhändler Helmuth Wohlthat nach Prag. Wir wissen nicht, welche Methoden Wohlthat anwandte, bis er sich schließlich nach einem einwöchigen Verhandlungsmarathon durchgesetzt und dabei den ursprünglich von Göring geforderten Goldbetrag mehr als verdoppelt hatte. Die Leitung der Tschechoslowakischen Staatsbank gab am 4. März 1939 auf der ganzen Linie nach. Sie lieferte am 9. und 10. März 1939, wenige Tage vor dem deutschen Einmarsch in Prag, ihr gesamtes Golddepot, das sie in der Schweizerischen Nationalbank in Bern unterhielt, an die Reichsbank

Dokument 59 in: ADAP, Serie D, Bd. V, S. 69.

⁴⁸ Vgl. die diesbezüglichen Aktenstücke in: BArchB, R 2/14589, fol. 119 ff.

⁴⁹ Geheimschreiben Görings an das Auswärtige Amt, 18.2.1939. Abgedruckt als Dokument 170 in: ADAP Serie D, Bd. IV, S. 187.

aus.⁵⁰ Es handelte sich dabei um 1.013 Goldbarren im Gegenwert von 61,5 Millionen Schweizer Franken beziehungsweise 106 Millionen Reichsmark.⁵¹

Aber auch die Vertreter der Privatwirtschaft wurden bedient. Allerdings verlangten die von Hans Kehrl dirigierte Annexionsexperten der Vierjahresplanbürokratie und des Reichswirtschaftsministeriums dafür teilweise erhebliche Vorleistungen, und sie ließen es sich auch nicht nehmen, in den nun erneut einsetzenden Kampf um die besten Startpositionen regulierend einzugreifen. Beispielsweise wurden die Manager der I.G. Farbenindustrie AG gezwungen, sich den seit längerem geplanten Zugriff auf die in Aussig und Falkenau gelegenen Teerfarbenfabriken des Prager Vereins für Chemische und Metallurgische Produkte mit der Chemischen Fabrik von Heyden AG zu teilen.⁵² Der Deutschen Bank wurden die im Annexionsgebiet gelegenen Filialen der Böhmisches Union Bank zugeschlagen und der Dresdner Bank die entsprechenden Niederlassungen der Böhmisches Escompte Bank.⁵³ Während der Deutschen Bank nahegelegt wurde, ihren Zugewinn vor allem mit der südosteuropäischen Stoßrichtung ihrer Wiener Hauptwerbung zu koordinieren und auf die ursprünglich beabsichtigte Gründung einer starken Regionalbank zu verzichten,⁵⁴ machte sich die Dresdner Bank als Hausbank der Reichswerke Hermann Göring vor Ort nützlich. Sie begann, unter der Regie Kehrls die kurz vor der Annexion vom

⁵⁰ Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Beauftragten für den Vierjahresplan, Betr. Abtretung der Golddeckung für im sudetendeutschen Gebiet eingelöste tschechoslowakische Banknoten, 23.3.1939. Abgedruckt als Dokument 201 in: ADAP Serie D, Bd. V, S. 211.

⁵¹ Vgl. Werner Rings, Raubgold aus Deutschland. Die „Golddrehscheibe“ Schweiz im Zweiten Weltkrieg, Zürich / München 1985, S. 36 f.

⁵² Vgl. zu den Vorgängen im einzelnen OMGUS, Ermittlungen gegen die I.G. Farben (wie Anm. 33), S. 209 ff.

⁵³ Vgl. zum folgenden OMGUS, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank (Anm. 31), S. 214 ff.; OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, Hg. Dokumentationsstelle für NS-Sozialpolitik, Nördlingen 1986, S. 101 ff.; Christopher Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich“ 1933–1939, Bonn 1995, S. 315 ff.

⁵⁴ Die Vertreter der Deutschen Bank, Hermann J. Abs und Oswald Rögler, hatten ursprünglich die Übernahme der Böhmisches Escompte Bank favorisiert und beabsichtigt, deren sudetendeutsche Filialen mit den Niederlassungen der Deutschen Agrar- und Industrie-Bank zu fusionieren.

Petschek-Konzern auf die Prager Živnostenská-Bank übergegangenen Aktienpakete der Braunkohleindustrie aufzukaufen, so daß es innerhalb kürzester Zeit gelang, in Übereinstimmung mit entsprechenden Planungsvorgaben der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau⁵⁵ die Sudetendeutsche Bergbau AG und die Sudetendeutsche Treibstoffwerke AG als Tochtergesellschaften des Reichswerke-Komplexes aus dem Boden zu stampfen.⁵⁶ Darüber hinaus machte Karl Rasche, der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, die Vorbereitung des Zugriffs auf Kapitalbeteiligungen an den Schlüsselunternehmen der Rest-Tschechoslowakei im Dienst der Reichswerke Hermann Göring zur Chefsache.

Alles in allem hatten die Annexionsexperten erheblich dazugelernt. Sie verflochten jetzt die gesamtwirtschaftlichen und die einzelunternehmerischen Interessen schon in den Planungsstadien miteinander, statt wie noch im Fall Österreich zunächst getrennt zu marschieren. Dadurch gewann ihr Zugriff auf die erbeuteten Ressourcen erheblich an Tempo und Stoßkraft.

Trotzdem war die ökonomische Verteilung und Verwertung der anläßlich der Sudeten-Annexion gemachten Beute nur eine Durchgangsetappe. Görings Mitarbeiter hatten das sich im Sommer 1938 öffnende zweite operative Fenster so weit wie möglich aufgerissen, um es ihrem Krisenmanagement dienstbar zu machen. Aber auch dieser Annexionsschritt war Göring zufolge „nur eines der auf dem Lebensweg unseres Volkes liegenden Ziele“⁵⁷ und auch für das Oberkommando der Wehrmacht war bei dieser Operation die „nunmehrige politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der Rest-Tschechoslowakei vom Reich und die dadurch erreichte verstärkte Sicherung des Zuganges zum Südostraum“ letztlich entscheidend.⁵⁸ Das nächste Nahziel war die Zerschlagung der

⁵⁵ Vgl. Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, Ausbauplan Sudetendeutschland (Bereich Nordwest-Böhmen und Egerland) für Mineralöl, Buna, Chemie einschließlich Vorprodukte und Energie, 15.10.1938. BArch-MA, Wi. IF 3/180.

⁵⁶ Vgl. Wolfgang Birkenfeld, *Der synthetische Treibstoff 1933–1945. Ein Beitrag zur national-sozialistischen Wirtschafts- und Rüstungspolitik*, Göttingen / Berlin / Frankfurt a. M. 1964, S. 136 f.

⁵⁷ Schreiben Görings an die Obersten Reichsbehörden, 15.10.1938. BArch-MA, Wi. IF 5/560.

⁵⁸ Ausarbeitung des OKW über die wehrwirtschaftliche Bedeutung des Sudetengebietes, 1.11.1938. Zitiert nach Volkmann, *Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges* (wie Anm. 3),

amputierten Tschechoslowakei und die arbeitsteilige Einverleibung ihrer volkswirtschaftlichen Ressourcen, denn die Tendenzen zur Systemkrise hatten sich neuerlich verschärft. Schon Mitte Oktober 1938 konferierte Göring mit führenden Vertretern der Slowakischen Landesregierung und der in der Slowakei lebenden „Volksdeutschen“.⁵⁹ Mit Genugtuung nahm er die Erklärung des Ministers Durčanski entgegen, man erstrebe die „volle Selbständigkeit unter stärkster militärischer und wirtschaftlicher Anbindung an Deutschland“. Dem konnte Göring nur zustimmen, denn eine „Tschechei ohne Slowakei ist uns noch mehr restlos ausgeliefert“, und damit war auch das weitere Vorgehen vorgezeichnet.

Am 14. März 1939 proklamierte die slowakische Landesregierung ihre Sezession von der Tschechoslowakischen Republik, nachdem Wilhelm Keppler und Helmuth Wohlthat sie mit dem Präferenzversprechen einer Zollunion geködert hatten.⁶⁰ Die dadurch hervorgerufenen Unruhen waren der willkommenen Vorwand, den die Deutschen gegenüber den Signatarmächten des Münchener Abkommens benötigten, um einen Tag später die seit längerem geplante „Befriedungsaktion“ zu inszenieren und unter Umgehung einer offenen Mobilmachung in Prag einzumarschieren.⁶¹ Auch auf dieses Ereignis waren die Annexionspezialisten der Vierjahresplanbehörde, der Reichsbank, des Reichswirtschaftsministeriums, des Wehrwirtschaftsstabs des Oberkommandos der Wehrmacht und der Volkswirtschaftlichen Abteilungen der Großunternehmen seit längerem vorbereitet. Während die machtpolitischen

S. 330 f.

⁵⁹ Aufzeichnung über eine Besprechung Görings mit dem slowakischen Minister Dr. Durčanski, o. D. (ca. 16./17.10.1938). Abgedruckt als Dokument 68 in: ADAP Serie D, Bd. IV, S. 76.

⁶⁰ Vgl. Hans Umbreit, *Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens*, Stuttgart 1977, S. 49.

⁶¹ Wilhelm Keitel, der Chef des OKW, hatte am 17. Dezember 1938 unter Aktualisierung einer Weisung Hitlers vom 21. Oktober befohlen, die Besetzung der Rest-Tschechoslowakei müsse nach außen den Eindruck erwecken, als ob es „sich nur um eine Befriedungsaktion und nicht um eine kriegerische Unternehmung“ handle. Die „Aktion“ solle deshalb ohne Mobilmachungsvorbereitung und ohne vorherigen Grenzaufmarsch durchgeführt werden und die Truppen ihre Standorte erst in der Nacht vor der Grenzüberschreitung verlassen. Weisung des Chefs des OKW vom 17.12.1938, Nachtrag zur Weisung vom 21.10.1938. Abgedruckt als Dokument 152 in: ADAP Serie D, Bd. IV, S. 163–164.

Entscheidungszentren die Slowakei als „autonomen Schutzstaat“ unter ihre Fittiche nahmen und ihr „Protektorat“ über eine in Böhmen und Mähren einzusetzende „Auftragsverwaltung“ verkündeten, entfalteten sie auf der wirtschaftspolitischen Durchsetzungsebene hektische Aktivitäten. Denn die inneren Krisenerscheinungen hatten sich erneut zugespitzt und verlangten nach weiteren Ressourcenzuflüssen von außen.

Der Coup vom 15. März 1939 erbrachte eine in fast jeder Hinsicht ideale Beute. Die Tschechoslowakei war das industrielle Zentrum Ostmittel- und Südosteuropas. Sie verfügte über reiche Bodenschätze, durchrationalisierte Produktionsanlagen und ein hochqualifiziertes Arbeitskräftepotential. Ihre Rüstungsindustrie war erstklassig und stark exportorientiert, die Tschechoslowakei war der siebtgrößte Waffenlieferant der Erde. Auch die tschechoslowakische Armee war hervorragend ausgerüstet. Die Deutschen brauchten nur die Beziehungen zwischen der Energie-, Grundstoff- und Verarbeitungsbasis des Lands wiederherzustellen, die sie wegen der vorausgegangenen Teilannexion zu zerstören begonnen hatten, um sich diesen hochentwickelten Wirtschaftskörper mitsamt seiner Armeeausrüstung einzuverleiben. Wenn ihnen das reibungslos gelang, dann hatten sie die Chance, hinter den USA zur zweitgrößten Industrienation der Erde aufzusteigen und ihr Rüstungspotential schlagartig zu vergrößern.

Die Entscheidung für eine möglichst störungsfreie Übernahme des tschechoslowakischen Wirtschaftspotentials wurde durch die Tatsache begünstigt, daß sich die überwiegende Mehrheit der tschechoslowakischen Bourgeoisie nach dem Münchener Diktat auf eine weitreichende Kollaboration mit dem „Dritten Reich“ eingerichtet hatte. Als der tschechoslowakische Gesandte Mastný Göring Mitte Oktober 1938 mitgeteilt hatte, der „Kurs in Tschechei werde um 180 Grad herumgedreht. Außenpolitisch: Anlehnung an Deutschland. Innenpolitisch: scharfer Rechtskurs. Kommunismus wird erledigt. Judenproblem wird ernstlich angepackt. Schlüssel zur Tschechei liegt in der Hand von

Deutschland“,⁶² waren dies keine leeren Worte. Die neue Regierung Beran hatte unter dem auf Eduard Beneš gefolgten Präsidenten Emil Hácha eine dramatische innen- und außenpolitische Wende vollzogen. Unter ihrem Schutz hatten die Unternehmensleitungen entsprechend zu handeln begonnen.⁶³ Sie hatten sich so weit wie möglich von ihren ausländischen Kapitalbeteiligungen und „nichtarischen“ Direktorenkollegen getrennt, die Staatsbeteiligungen heruntergefahren⁶⁴ und ein Unternehmer-Syndikat gegründet, das den Škoda-Konzern als vertikal und horizontal vertrustetes Rückgrat der tschechoslowakischen Schwerindustrie in die Wirtschaftskollaboration mit den Deutschen einbringen sollte.

Wie sich bald zeigte, waren die Schlüsselsektoren der tschechoslowakischen Schwerindustrie trotz dieser Defensivmaßnahmen vor der Übernahme durch die Reichswerke Hermann Göring nicht gefeit. Dennoch sorgte Kehrls Annexionsstab dafür, daß die bis zum 15. März 1939 von den tschechoslowakischen Unternehmern erbrachten Vorleistungen honoriert und teilweise in Eigenregie fortgesetzt wurden, soweit sie, wie beispielsweise die „Arisierungen“, den deutschen Übernahmeverhalten entgegenkamen. Zwar gab es aus der Sicht Görings, Kehrls und Rasches hinsichtlich der grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Machtpositionen und Vorgaben nichts zu verhandeln. Aber ihnen war gleichzeitig bewußt, daß im Rahmen der beabsichtigten wirtschaftspolitischen „Auftragsverwaltung“ an die Aspiranten der Wirtschaftskollaboration Zugeständnisse gemacht werden mußten. Wenn sie die Renditeerwartungen der in eigener Vorleistung „tschechisierten“ Unternehmen ausreichend respektierten, dann konnte aus der Wirtschaft des „Protektorats“ ohne große Reibungsverluste ein Optimum zur Kon-

⁶² Aufzeichnung über eine Besprechung Görings mit Mastný, o. D. (16. oder 18.10.1938). Abgedruckt als Dokument 67 in: ADAP, Serie D, Bd. IV, S. 75 f.

⁶³ Vgl. zum folgenden Alice Teichova / Robert Waller, *Der tschechoslowakische Unternehmer am Vorabend und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges*, in: Waclaw Długoborski (Hg.), *Zweiter Weltkrieg und sozialer Wandel*, Göttingen 1981, S. 288–302.

⁶⁴ Und zwar aufgrund der Beobachtung, daß die Deutschen bei der Annexion Österreichs das Privateigentum – mit Ausnahme „nichtarischer“ Beteiligungen – unangetastet gelassen hatten.

solidierung des krisengeschüttelten deutschen Rüstungszyklus herausgeholt werden. Außerdem entstand dadurch ein klassenpolitischer Puffer, der die revolutionären Strömungen der tschechischen Arbeiterbewegung marginalisierte und den antifaschistischen Widerstand gegen die Okkupationsmacht erschwerte.

Kehrls Mitarbeiter hatten somit gute Gründe, als sie sich zu einer Gratwanderung zwischen gewalttätiger Aneignung der wirtschaftspolitischen Schlüsselpositionen und Respektierung von Kollaborationserwartungen der tschechoslowakischen Führungsschichten entschlossen. Die Effizienz ihres Vorgehens bestätigte sich rasch. Das Vichy-Phänomen hatte einen bedeutenden und in der historischen Forschung weitgehend übersehenen Vorläufer. Am Beispiel des Protektorats Böhmen und Mähren wurde das Wechselspiel von raubwirtschaftlicher Ressourcenmobilisierung und Kollaboration erstmalig erfolgreich durchexerziert.

Schauplatz des ersten Testlaufs war die Tschechoslowakische Staatsbank.⁶⁵ Zu den Vorausabteilungen der Wehrmacht gehörte ein Sonderkommando unter der Leitung von Reichsbankspezialisten, das am 15. März 1939 in die Räume der Tschechoslowakischen Staatsbank eindrang und die Aushändigung der Gold- und Devisenreserven verlangte. Dies geschah unter der Zusage, daß die Staatsbank nicht von der Reichsbank übernommen, sondern als Nationalbank von Böhmen und Mähren reorganisiert und weitergeführt werden sollte. Jedoch war der größte Teil der tschechoslowakischen Goldreserven vor der Invasion nach London, Bern und New York transferiert worden, wovon sich das Berner Depot schon in der Hand der Deutschen befand. Daraufhin forderten die Reichsbankbeamten nach Rücksprache beim Handelspolitischen Aus-

⁶⁵ Vgl. zum folgenden O. E. Fletcher, Revised Estimate of German Gold Movements from March 1938 to May 1945, 12.6.1946. National Archives Washington (künftig = NA), RG 43, M-88, Box 201; Willi A. Boelcke, Zur internationalen Goldpolitik des NS-Staates. Ein Beitrag zur deutschen Währungs- und Außenwirtschaftspolitik 1933–1945, in: Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte (wie Anm. 10), S. 292–309, hier S. 304 f.; Arthur L. Smith, Hitler's Gold. The Story of the Nazi War Loot, Oxford / New York / München 1989, S. 4 ff.; Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg, Die Schweiz und die Goldtransaktionen (wie Anm. 20), S. 36 f.

schuß des Auswärtigen Amts ihre tschechoslowakischen Kollegen auf, die übrigen Depots zurückzuholen. Diese indirekte Vorgehensweise hatte Erfolg: Die im Ausland befindlichen tschechoslowakischen Goldreserven gelangten mit Hilfe der 1930 zur Regulierung der deutschen Reparationsschulden gegründeten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) weitgehend unter deutsche Kontrolle, wobei einfache Umbuchungen bei der BIZ genühten.⁶⁶ Es handelte sich um einen Goldbestand im Gegenwert von knapp 110 Millionen Reichsmark, so daß sich die Goldbeute zusammen mit den Abgaben aus dem Berner Depot auf einen Betrag von 206 Millionen Reichsmark summierte. Insgesamt wurden von den Sonderkommandos der Reichsbank und den erstmalig in Aktion getretenen Devisenschutzkommandos des Sicherheitsdiensts der SS bei der Besetzung Böhmens und Mährens Gold- und Devisenreserven in einer Höhe von etwa 500 Millionen Reichsmark erbeutet. Zusätzlich wurden Vorräte an Rohstoffen und Zwischenprodukten im Gegenwert von etwa 2,9 Milliarden Reichsmark unter Kontrolle gebracht, die teilweise als devisenäquivalent anzusehen waren und zumeist vor Ort zur Ankurbelung der Produktion eingesetzt wurden.⁶⁷

Mit Hilfe der tschechoslowakischen Gold- und Devisenbeute konnte die seit dem Jahreswechsel 1938/39 erneut in Turbulenzen geratene Zahlungsbilanz ein weiteres Mal stabilisiert werden. Dabei wiederholte sich das 1938 praktizierte Vorgehen.⁶⁸ Die Zahlungsbilanz des Jahres 1939 unterschied sich in fast allen Parametern von der des Vorjahrs. Der Saldo der Dienstleistungsbilanz war zwar weiterhin positiv, jedoch von 223 auf 117 Millionen Reichsmark zurückgegangen. Den größten

⁶⁶ Vgl. Gian Trepp, Bankgeschäfte mit dem Feind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich im Zweiten Weltkrieg. Von Hitlers Europabank zum Instrument des Marshallplans, Zürich 1993, S. 31 f.

⁶⁷ Vgl. Ferdinand Friedensburg, Das wehrwirtschaftliche Rohstoffpotential des Protektorats Böhmen-Mähren und der Slowakei, in: Wehrtechnische Monatshefte, 43 (1939), S. 146–155; Hans-Erich Volkmann, Außenhandel und Aufrüstung in Deutschland 1933 bis 1939, in: Forstmeier / Volkmann (Hg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges (wie Anm. 3), S. 81–131, hier S. 108.

⁶⁸ Vgl. Statistisches Reichsamt, Abt. VI, Die deutsche Zahlungs- und Devisenbilanz im Jahre 1939. BArchB, R 7/3629, fol. 82 ff.

Negativposten bildete die vor allem durch den Gewinntransfer der ausländischen Unternehmen hervorgerufene Zinsen- und Dividendenbilanz mit minus 460 Millionen Reichsmark. Diesen Defiziten stand zwar ein Exportüberschuß in Höhe von 376 Millionen Reichsmark gegenüber. Dies war jedoch eine fiktive Größe, weil der Überschuß durch einen Rückgang des Importwerts um 1,2 Milliarden Reichsmark entstanden war. Um die Gesamtbilanz auszugleichen, wurden deshalb aus der tschechoslowakischen Beute 351 Millionen Reichsmark auf der Aktivseite des Kapitalverkehrs eingesetzt.

Auf diese Weise konnte die raubwirtschaftliche Flucht nach vorn fortgesetzt werden. Aber auch diesmal war der Effekt des Einsatzes der Gold- und Devisenbeute begrenzt. Er reichte gerade bis zum Überfall auf Polen und bis zur zeitweiligen Konsolidierung der Außenwirtschaft durch die gigantischen Rohstoffbezüge aus der Sowjetunion seit dem Herbst 1939.

Auch im Bereich der Geschäftsbanken setzten die deutschen Eroberer auf die Überrumpelungstaktik, wobei die Dresdner Bank eine Vorreiterrolle übernahm.⁶⁹ Am Tag des Einmarschs besetzte der als Wehrmachtoffizier reaktivierte Leiter der sudetendeutschen Dresdner-Bank-Niederlassung Reinhold von Lüdinghausen die Prager Zentrale der Böhmisches Escompte-Bank (BEB). Unter Berufung auf eine Generalvollmacht Kehrls setzte er den Vorstand und den Verwaltungsrat ab, ernannte sich selbst zum neuen Vorstandsvorsitzenden und setzte weitere Dresdner-Bank-Direktoren als Vorstandsmitglieder ein. Einige Tage später übernahm Karl Rasche den Vorsitz des neu gebildeten Verwaltungsrats. Anschließend nutzte die neue Leitung die seit der Sudeten-Annexion prekär gewordene Geschäftslage der BEB zu einem raffinierten Schachzug, um sich die Kapitalmajorität zu verschaffen. Sie wertete das vorhandene Aktienkapital im Verhältnis 4:1 ab, gab neue Aktien aus, die sie für die Dresdner Bank im Nennwert erwarb, und

⁶⁹ Vgl. zum folgenden OMGUS, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank (wie Anm. 31), S. 215 ff.; OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank (wie Anm. 53), S. XLIV ff., 101 ff.; Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus (wie Anm. 53), S. 329 ff.

erhöhte das Aktienkapital der Bank danach wieder auf 100 Millionen Kronen. Auf diese Weise sicherten sich Rasche und Lüdinghausen 70 Prozent des Aktienkapitals, reduzierten den Anteil des bislang größten Anteilseigners, der Živno-Bank, auf vier Prozent und konnten die Böhmisches Escompte-Bank uneingeschränkt in den Dienst der deutschen Okkupationsinteressen stellen. Parallel dazu brachten sie auch die Niederlassungen der Länderbank unter ihre Kontrolle.

An diesem „Übernahme“-Muster orientierte sich auch die Deutsche Bank. Die dafür verantwortlichen Vorstandsmitglieder Hermann J. Abs und Oswald Rösler mußten dabei jedoch vorsichtiger vorgehen, weil sich größere Teile des Aktienkapitals der Böhmisches Union-Bank (BUB) in den Händen britischer und belgischer Kapitalgruppen befanden und die Geschäftslage wegen des hohen Anteils notleidend gewordener jüdischer Kreditnehmer weitaus prekärer war als diejenige der Böhmisches Escompte-Bank. Sie überließen die Entlassung des Vorstands und des Verwaltungsrats einer entsprechende Anordnung Hans Kehrls, setzten Walter Pohle, den Direktor der in den Sudetengebieten übernommenen BUB-Filialen, als neuen Vorstandsvorsitzenden ein und sorgten für eine weitgehende Überkreuzverflechtung der reorganisierten Leitungsgremien mit der inzwischen als Creditanstalt-Bankverein firmierenden Österreichischen Creditanstalt. Danach unterwarfen sie die notleidend gewordenen Beteiligungen einem ausgedehnten „Arisierungs“-Ausverkauf und nahmen einige Monate später einen Kapitalschnitt im Verhältnis 10:1 vor, auf den wie bei der Böhmisches Escompte-Bank die mit den entsprechenden Vorkaufsrechten abgesicherte Neuausgabe von Aktien für einen Kapitalstock von 100 Millionen Kronen folgte. Auch die Agrar- und Industriebank wurde in eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank umgewandelt.

Ansonsten blieb es bei der Arbeitsteilung, die sich schon zur Zeit der Annexion der Sudetengebiete zwischen der Deutschen Bank und der Dresdner Bank eingeschleppt hatte. Die Böhmisches Union-Bank konzentrierte sich auf die Einbeziehung des Prager Bankplatzes in die Südosteuropä-Expansion und spielte bei der Durchdringung der böhmisch-

mährischen Wirtschaft nur eine nachgeordnete Rolle. Die Eroberung der schwerindustriellen Schlüsselpositionen zugunsten des Reichswerke-Komplexes wurde zur Domäne der Böhmisches Escompte-Bank. Rasche und Lüdinghausen bereicherten dabei die bislang im Eigeninteresse angewandten Techniken – handstreichartige Besetzung der Leitungspositionen, Kapitalschnitt und „Arisierungs“-Geschäfte, die man den tschechischen Unternehmern aus der Hand genommen hatte – um weitere Facetten. Sie nötigten den Vorstand der Živno-Bank, seine Beteiligungen an den führenden Hüttenwerken, Maschinenbauunternehmen und Rüstungsbetrieben auf die Böhmisches Escompte-Bank zu übertragen. Diese Beteiligungen legten sie mit den bei der BEB und der Länderbank selbst vorhandenen Aktienpaketen zusammen, übertrugen sie an die Berliner Zentrale der Dresdner Bank und erlangten dadurch Kapitalmehrheiten beziehungsweise Sperrminoritäten über die Poldihütte, die Škoda AG, die Waffenwerke Brünn, die Brünnere Maschinen AG und andere Unternehmen des Steinkohlebergbaus und der Schwerindustrie. Danach eigneten sie sich zusätzlich die am Tag des Einmarschs noch nicht reprivatisierten Staatsbeteiligungen an und übernahmen als Treuhänder des Reichswerke-Komplexes die Vorstände.

Es war jedoch nicht immer möglich, bei diesen Raubzügen die Fassade einer mit den kapitalistischen Gepflogenheiten gerade noch übereinstimmenden „feindlichen Übernahme“ zu wahren. In einigen Fällen griffen Kehrl und Rasche zu offenen Erpressungsmanövern, zum Beispiel bei der Witkowitz Berg- und Hüttengewerkschaft in Ostrava/Mährisch-Ostrau, dem wichtigsten schwerindustriellen Unternehmen überhaupt, das ein Drittel der Steinkohleförderung, 40 Prozent der Roh-eisenproduktion und 30 Prozent der Rohstahlerzeugung der Tschechoslowakei auf sich konzentrierte und das damals modernste Stahlwalzwerk der Welt betrieb.⁷⁰ Der Wiener Bankier Louis Rothschild war mit 68 Prozent Mehrheitseigner dieses Unternehmenskomplexes, hatte

⁷⁰ Vgl. zum folgenden Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte, Wilhelmstraßenprozeß, Anklagedokumentenbuch 144, 144 B, 144 C, 158 B; OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank (wie Anm. 53), S. XLIV ff.

seine Beteiligungen jedoch rechtzeitig über die USA bei der Londoner Rothschild-Holding Alliance Assurance Ltd. in Sicherheit gebracht. Um an sie heranzukommen, nahm ein SD-Sonderkommando Louis Rothschild schon am 13. März 1939 in Wien in Isolationshaft. Während Hans Kehrl in Witkowitz eine „Abwesenheitstreuhandschaft“ einsetzte, nahm Rasche die Verhandlungen mit der Rothschild-Familie auf, die schließlich Anfang Mai 1939 nach der Freilassung Louis Rothschilds dem Verkauf der Beteiligungen zustimmte – erheblich unter Wert, nämlich zum Preis von 3,6 Millionen Pfund Sterling.⁷¹

Parallel zu diesen Aneignungsaktionen auf der Kapitalebene hatten der Wehrwirtschaftsstab und die Wehrmacht-Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht in enger Abstimmung mit Kehrls Annexionsexperten die böhmisch-mährischen Rüstungsbetriebe gleich zu Beginn der Invasion unter ihre Kontrolle gebracht. Ihre Sicherung, Inbesitznahme und die anschließende Umsteuerung der Produktionsprogramme waren seit Monaten generalstabsmäßig geplant.⁷² Im Škoda-Werk und den Brüner Waffenfabriken wurden militärische Bevollmächtigte eingesetzt, die auf der Basis voraufgegangener „Betriebserkundungen“ die kollaborationsbereiten Manager in Leitungspositionen brachten, 200.000 Patente und Zeichnungen konfiszierten und die Rohstoffvorräte beschlagnahmten. Die Beuteentnahme war jedoch streng reguliert, denn man war ja „friedensmäßig“ einmarschiert und wollte die Produk-

⁷¹ Der Kaufvertrag wurde jedoch durch den am 3. September 1939 eingetretenen Kriegszustand zwischen England bzw. Frankreich und Deutschland nicht rechtswirksam. Die Mehrzahl der Anteilsscheine blieb in England und der Schweiz deponiert, und auch der Kaufpreis war bis zum 3.9.1939 nur zu einem geringen Teil eingezahlt. In Witkowitz wurde zunächst ein Feindvermögensverwalter in die Geschäftsführung eingesetzt und im Januar 1940 durch ein siebenköpfiges, von den Reichswerken Hermann Göring beherrschtes Aufsichtsgremium ersetzt. Im Verlauf des Kriegs integrierten die Reichswerke Witkowitz schließlich komplett in ihre Unternehmensstruktur. Vgl. Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus (Anm. 53), S. 336 f.

⁷² Vgl. zum folgenden den Erfahrungsbericht des Oberstleutnants Nagel, Verbindungsoffizier des Wehrwirtschaftsstabs des OKW zur Heeresgruppe 3, über die Eingliederung der Tschechischen Industrie, 25.4.1939. Abgedruckt als Dokument 38 in: Kaden, Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (wie Anm. 26), S. 114–115; Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges (wie Anm. 3), S. 331 ff.

tion so schnell wie möglich wieder hochfahren, um sie „für die deutsche Aufrüstung nutzbar zu machen“.⁷³

Auch die Waffen und sonstiges Kriegsmaterial der tschechoslowakischen Armee wurden mit generalstabsmäßiger Präzision angeeignet. Gerade aus dieser Operation resultierte „ein ungeheurer Kraftzuwachs“ für das deutsche Rüstungspotential.⁷⁴ Es wurden 2.253 Artilleriegeschütze, 1.966 Panzerabwehrkanonen, 1.231 Flugzeuge, 810 Panzer, 57.000 Maschinengewehre, 630.000 Gewehre und sonstiges allgemeines Kriegsgerät im Wert von 77 Millionen Reichsmark erbeutet und schon während des Einmarschs abtransportiert.⁷⁵ Das Beutegut ermöglichte die Ausrüstung beziehungsweise die Komplettierung von 20 Heeresdivisionen zur Kriegsbereitschaft. Das war ein Fünftel der Kriegsstärke, auf die sich der Generalstab 1936 endgültig festgelegt hatte!

Unmittelbar nach der Besetzung wurde die Produktion hochgefahren. Die dabei verfolgte wirtschaftspolitische Stoßrichtung hatte Göring schon am 16. März 1939 in Grundzügen festgelegt.⁷⁶ Im Gegensatz zu Österreich wurde vorerst auf die Einführung einer Zoll- und Währungsunion verzichtet, weil sie die Taktik der raschest möglichen Inbesitznahme der ökonomischen Schlüsselpositionen behindert hätte. Das dabei entstehende Transferproblem, das heißt die rüstungsbedingte Unfähigkeit der Deutschen zu Gegenlieferungen bei gleichzeitigem Devisenmangel, konnte leicht in Kauf genommen werden: Zur „Begleichung“ der deutschen Schulden wurden der Nationalbank von Böhmen und Mähren sowie den anderen Geldinstituten und den Unternehmen Schatzanweisungen des Reichs in die Portefeuilles gelegt, und so kam es nicht nur zu einem einseitigen Ressourcenabfluß, sondern die Gesellschaften wurden auch noch zu Zwangsgläubigern der NS-Diktatur.

⁷³ Erfahrungsbericht Nagels (wie Anm. 72), S. 114.

⁷⁴ Der General-Quartiermeister. Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres General der Artillerie Eduard Wagner, Hg. Elisabeth Wagner, München / Wien 1963, S. 82.

⁷⁵ Vgl. Volkmann, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges (wie Anm. 3), Tab. S. 332.

⁷⁶ Runderlaß Görings über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Ausnutzung der okkupierten tschechischen Gebiete, 16.3.1939. Abgedruckt als Dokument 32 in: Kaden, Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (wie Anm. 26), S. 106 f.

Unter diesen Voraussetzungen wurde die Protektoratswirtschaft dann auf die Produktion für den Export einschließlich der Waffenausfuhr umgesteuert, um einen kontinuierlichen Devisenzufluß zu erzielen, dessen Erlös selbstverständlich „für die gesamtdeutsche Wirtschaft“ zu „sichern“ war.⁷⁷ Dem Ziel der vorrangigen Devisenbeschaffung, auf das allerdings schon Ende Juli 1939 die nächste Umstellung auf kriegswirtschaftliche Verhältnisse folgte,⁷⁸ wurde die gesamte Wirtschaftspolitik untergeordnet, und deshalb wurden auch die über die strategischen Schlüsselpositionen hinausgehenden „Übernahme“ und „Arisierungs“-Projekte der deutschen Wirtschaft gezügelt. Unter aktiver Mitwirkung der tschechischen Wirtschaftsverbände begann die Integration des Außenhandels in das deutsche Lenkungssystem, kombiniert mit der außenwirtschaftlich orientierten Verteilung der öffentlichen und privaten Großaufträge und der Rohstoffversorgung.

Nach der Bewältigung der ersten Anlaufschwierigkeiten übergaben Kehrls Expertenstäbe die laufenden Geschäfte an das Wirtschaftsressort des Reichsprotectors Constantin von Neurath, an die Wirtschafts- und Arbeitsbehörden der tschechischen „Auftragsverwaltung“ sowie die tschechischen Industriellenverbände, um gegenüber den ausländischen Kontraktpartnern so weit wie möglich den Schein der Normalität zu wahren. Sie konnten sich beruhigt zurücklehnen, denn auch für den Kriegsfall war schon vorgesorgt: „Da der tschechische Arbeiter künftig nicht zum Kriegsdienst verpflichtet wird, würde die Industrie des Protektorats im Kriegsfall mit unverminderter Kraft für das militärische und wirtschaftliche Interesse des gesamten deutschen Lebensraums arbeiten können.“⁷⁹

Während die wirtschaftspolitischen Annexionslenker im Protektorat Böhmen und Mähren auf mehreren Ebenen gleichzeitig in den ökonomischen

⁷⁷ Runderlaß Görings vom 16.3.1939 (wie Anm. 76), S. 106.

⁷⁸ Vgl. Aktenvermerk über eine Besprechung Görings mit Vertretern der Ministerien, des OKW und der Luftwaffe in Westerland am 25.7.1939 über die Ausnutzung des Kriegspotentials von Böhmen und Mähren, in: IMG, Bd. XXXVIII, S. 368 ff.

⁷⁹ Paul Ruprecht, Die Rüstungsindustrie des böhmisch-mährischen Reichsprotectorats, in: Wehrtechnische Monatshefte, Jg. 1939, H. 5, S. 195–201, Zitat S. 201.

mischen Prozeß eingriffen, konzentrierten sie sich im „Schutzstaat“ Slowakei auf ein einziges zentrales Lenkungsinstrument.⁸⁰ Am 23. März 1939 schloß das Tiso-Regime ein Regierungsabkommen mit Deutschland, in dem ihm „Hilfe“ beim Aufbau einer Nationalbank und bei der Einführung der Devisenbewirtschaftung zugesichert wurde. Schon drei Tage später traf eine von den Reichsbankdirektoren Waldhecker und Einsiedel geleitete Expertenkommission in Bratislava/Prefßburg ein, um die Nationalbank als selbständige Aktienbank aus der Taufe zu heben und die künftige Währungspolitik festzulegen. Die entsprechenden Gesetzentwürfe brachte sie gleich mit. Die Ergebnisse der Verhandlungen waren so präzise wie die nun beginnende Einordnung des ersten Satellitenstaats in die deutsche Vorherrschaft eindeutig.

Die Kronenwährung wurde beibehalten und in der Relation von 10:1 auf feste Parität zur Reichsmark gestellt, die Nationalbank ausgehend vom Filialnetz der aufgelösten Tschechoslowakischen Staatsbank errichtet. NS-Deutschland übernahm 40 Prozent ihres Aktienkapitals, identisch mit 40 Millionen Kronen, für die es einen entsprechenden Satz Reichsschatzanweisungen hinterlegte, die laut Bankengesetz die Weihen einer Devisenreserve hatten. Damit der slowakische Bankengouverneur ob dieser zynischen Konstruktion nicht irgendwann einmal hintersinnig wurde, bekam er einen deutschen „Berater“, nämlich Richard Buzzi, den Vorstandsvorsitzenden der Creditanstalt-Bankverein, zur Seite gestellt, der hinsichtlich der Kreditvergaben und der Aufstellung des Staatshaushalts über ein Vetorecht verfügte.

Dieser Konstruktion des währungs- und wirtschaftspolitischen *indirect rule* unter den Fittichen der Deutschen Reichsbank und der Deutschen Bank ist eine gewisse Eleganz nicht abzuspochen. Der „Schutz-

⁸⁰ Vgl. zum folgenden Bericht des Reichsbankdirektoriums an den Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers über die Einflußnahme der Reichsbank auf die slowakische Währungs- und Finanzpolitik, 18.4.1939, abgedruckt als Dokument 39 in: Kaden, Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (wie Anm. 26), S. 115 f.; Schutzvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, 18.3.1939, abgedruckt als Dokument 40 in: ADAP Serie D, Bd. VI, S. 35 f.; Hans Dress, Die Slowakei und die faschistische Neuordnung Europas 1939–1941, Berlin 1972.

staat“ wurde zur Visitenkarte des deutschen Raubkapitalismus. Buzzi sorgte nicht nur für die „Steigerung und Lenkung der slowakischen landwirtschaftlichen Erzeugung unter Berücksichtigung der Absatzmöglichkeiten in Deutschland“⁸¹ wofür am 22. Juni 1939 ein wegweisender Handelsvertrag abgeschlossen wurde, sondern engagierte sich auch für einen sachgerechten Zugriff auf die übrigen Reichtümer des Landes. Dabei setzte sich der Wiener Statthalter der deutschen Finanzinteressen vor allem für die Belange der im Protektorat in das zweite Glied verwiesenen Deutschen Bank ein. Kurz nach der Konstituierung der Nationalbank wurde in Preßburg die Union Bank als gemeinsame Tochter der Creditanstalt-Bankverein und der Böhmisches Union-Bank gegründet. Sie kümmerte sich zusammen mit der Böhmisches Union-Bank intensiv um die reichsdeutschen Großkunden der Deutschen Bank, beispielsweise den Reemtsma-Konzern, der im Rahmen seiner Vierjahresplanaktivitäten die in Bratislava ansässige Vereinigte Holz-Industrie AG übernahm und so den Grundstein für das historisch bislang größte Südosteuropäische Holzverwertungsgeschäft, die Südostholz KG Souchon & Co., legte.⁸²

Zusammenfassung: Der Weg in den Zweiten Weltkrieg

Die Bilanz der drei „friedlichen“ Aggressionsakte vom März und Oktober 1938 sowie März 1939 konnte sich durchaus sehen lassen. In Österreich und der Tschechoslowakei erbeuteten die Deutschen Gold und Devisen im Gegenwert von 2,13 Milliarden Reichsmark, in heutiger Rechnung 12,56 Milliarden DM,⁸³ und stopften damit bis zum Sommer 1939 die Löcher ihrer strukturell defizitären Zahlungsbilanz. Sie brachten leistungsfähige Rüstungsunternehmen unter ihre Kontrolle und erweiterten ihr wehr- und rüstungswirtschaftliches Potential um etwa ein Viertel. Mit der erbeuteten Ausrüstung der österreichischen und der

⁸¹ Vertrauliches Protokoll über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und dem Staat Slowakei, 23.3.1939, in: ADAP Serie D, Bd. VI, S. 36.

⁸² Vgl. Roth, Ökonomie und politische Macht (wie Anm. 30), S. 66.

⁸³ Der Umrechnungskurs RM: DM beläuft sich gegenwärtig auf die Relation 1: 5,9.

tschechoslowakischen Armee konnten 20 Divisionen ausgestattet werden, ein Fünftel der seit 1936 angestrebten Kriegsstärke des Heers. Auch bei einigen strategischen Rohstoffen, insbesondere den Eisenerzen, hatte sich die Mangelsituation wesentlich gebessert.

Der erweiterte Aktionsradius der Rüstungskonjunktur animierte die Planungs- und Entscheidungszentren der NS-Diktatur zu einer nochmaligen Radikalisierung ihrer Aufrüstungsprogramme. Dabei wollten sie zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Einerseits sollten die gravierendsten Engpässe der Nachschubversorgung beseitigt werden, um die Wehrmacht im Kontext des Kriegs vor dem Krieg zu weiteren blitzartigen „Befriedungsoperationen“ zu befähigen („Wehrwirtschaftlicher Neuer Erzeugungsplan“, „Schnellplan“) andererseits wurden die Planungen zum Ausbau der Luftwaffe und der Kriegsmarine in gigantische Dimensionen geschraubt, denn seit der Besetzung Prags rückte der auf das Jahr 1942 angesetzte große europäische Krieg deutlich näher. Trotz der durch die Annexionen erweiterten rüstungsökonomischen Ressourcen zeigte es sich jedoch rasch, daß beides gleichzeitig nicht zu haben war. Die Rüstungsplanung der Vierjahresplanbehörde und der einschlägigen Wehrmachtämter verlor bis zum Sommer 1939 die letzten realistischen Maßstäbe.

Letztlich blieb nichts anderes übrig, als die Flucht nach vorn fortzusetzen und nach neuen operativen Fenstern Ausschau zu halten, die den Zugriff auf weitere Territorien und Wirtschaftspotentiale ermöglichten. Als nächstes Opfer war seit März/April 1939 Polen ausersehen. Die Taktik, mit der die Deutschen vorgingen, entsprach den inzwischen eingefahrenen Prozeduren des Kriegs vor dem Krieg. Jedoch konnte Polen nicht vollständig diplomatisch isoliert werden. Zwar gelang den deutschen Hasardeuren die Vorbereitung einer vierten Teilung Polens in einer befristeten Interessengemeinschaft mit der stalinistischen Sowjetunion; aber die westlichen Garantiemächte Frankreich und England wollten ihre formalen Sicherungszusagen nicht zurücknehmen. Trotz ihrer anschließenden „Sitzkrieg“Praxis lösten sie mit ihren zwei Tage nach dem deutschen Überfall überreichten Kriegserklärungen den

europäischen Krieg aus – sehr zum Mißfallen der deutschen Führungsschichten, die damit die alleinige Festlegungskompetenz über das militärische Eskalationsszenario verloren. Die nach wie vor riesige Kluft zwischen strategischer Kriegsvorbereitung und sozioökonomischer Kriegsbereitschaft konnte nur durch die Ausweitung der seit der Annexion Österreichs erlernten raubwirtschaftlichen Praktiken überbrückt werden.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/77469

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20230405-094214-0

Erschienen in: Sozial.Geschichte Online 33 (2022), S. 37-76



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz (CC BY-NC-ND 3.0) genutzt werden.